Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang | Sonntag, den 22. August 1920 | Nummer 343 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, der Brief für Deutschland und Oesterreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 3,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4603, 4635, 4642, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Wirren in Oberschlesien

Die deutsche Note an die Entente

Berlin, 21. August.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat heute dem Präsidenten der Friedenskonferenz folgende Note überreicht: Nach vorliegenden Meldungen befindet sich der Ostteil des Kreises Kattowitz seit der Nacht vom 19. zum 20. August in Aufruhr. Am 20. August nachmittags wurden Myslowitz und Laurahütte seitens der Sicherheitspolizei nur noch unter schwerem Kampf behauptet. Die zwischen beiden Orten gelegenen Ortschaften waren in den Händen der Insurgenten, die sich aus der ortsangesessenen Bevölkerung polnischer Nationalität rekrutieren und durch uniformierte polnische Soldaten verstärkt sind. Die Insurgenten waren bis dicht an den Ostrand von Kattowitz vorgedrungen. Kattowitz selbst war von französischen und italienischen Truppen besetzt, die am 20. nachmittags Verhandlungen mit den Kattowitz bedrohenden Insurgentenscharen begonnen hatten. Die Bildung bewaffneter Banden aus der ortseingesessenen Bevölkerung läßt sich mit den Bestimmungen des Friedensvertrages ebensowenig vereinbaren, wie die Anwesenheit ortsfremder bewaffneter Elemente.

Nach Zeitungsnachrichten soll in einem Bericht des Herrn General Le Rond bemerkt sein, daß die deutsche Regierung die Ausschreitungen unterstützt habe. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß derartige Ausführungen sich wirklich in dem Bericht einer so hohen und verantwortlichen Stelle befinden. Sollten von anderer Seite solche Behauptungen aufgestellt werden, so wäre dies eine frivole Verleumdung. Die Beschuldigung ist handgreiflich unwahr.

Gerade in den letzten Wochen hatte es sich die deutsche Regierung mit Rücksicht auf die in Spaa übernommenen nur mit Anspannung aller Kräfte erfüllbaren Verpflichtungen angelegen sein lassen, auf eine Vermehrung der Kohlenförderung in Oberschlesien durch Ueberschichten hinzuwirken. Sie hatte allen Grund, anzunehmen, daß die oberschlesischen Bergarbeiter im allgemeinen Interesse sich einsichtsvoll zu einer solchen Mehrarbeit verstehen würden. Eine Steigerung der Kohlenförderung wäre aber in einem insurgierten Lande nicht erreichbar. Die deutsche Regierung muß nicht nur wegen der von ihr unternommenen internationalen Verpflichtungen, sondern auch im Interesse der deutschen Industrie und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit den größten Wert darauf legen, daß Oberschlesien ruhig weiter arbeitet.

Die deutsche Regierung beehrt sich, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf den Ernst der Lage in Oberschlesien hinzulenken. Sie erwartet von den Verbündeten, daß sie unverzüglich für den Schutz des Lebens und Eigentums der friedlichen Bevölkerung sorgen und damit die Vorbedingungen schaffen werden, die zur ungestörten Fortsetzung der Arbeit in diesem für das Wirtschaftsleben von ganz Europa so wichtigen Bezirke erforderlich sind. Die deutsche Regierung würde es mit Dank begrüßen, wenn ihr zur Beruhigung der sehr erregten öffentlichen Meinung baldigst mitgeteilt werden könnte, daß es der Interalliierten Kommission gelungen ist, den von ihr übernommenen Schutz Oberschlesiens wirksam durchzuführen.

Der oberschlesische Vulkan

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben:

Nicht nur im unbesetzten Deutschland gibt es Spitzelinstitute und mehr oder weniger geheime Organisationen; auch Oberschlesien ist von diesem Gesindel nicht verschont geblieben. Hier in der durch die nationalistische Propaganda erzeugten Siedehitze wirken solche Dinge weit gefährlicher als anderswo. Den Provokateuren, den Spitzeln und der besonderen Situation in Oberschlesien sind die Ausschreitungen in Kattowitz zuzuschreiben. Dazu kommt, daß die Truppe in Kattowitz in zu nahe Berührung mit den Demonstranten kam, wodurch selbstverständlich die Situation sehr zugespitzt wurde. In anderen Orten, wie z. B. in Gleiwitz, Hindenburg, Beuthen usw., wo das Militär sich zurückhielt, sind keinerlei Ausschreitungen vorgekommen. Die Arbeiterschaft tat in friedlicher Weise für die Neutralität und die Erhaltung des Friedens demonstriert. Es war den Teilnehmern an den Kundgebungen gesagt worden, daß sie weder nationale noch revolutionäre Lieder anstimmen sollten. Mit Ausnahme von Kattowitz ist überall streng nach dieser Anweisung verfahren worden. Es ist durchaus falsch, wenn nationalistische Blätter die Dinge so darstellen wollen, als wenn die Demonstration sich gegen die Besatzungsbehörde oder gegen die Besatzungstruppen oder gegen den polnischen Teil der Bevölkerung gerichtet habe. Unsere Partei steht über solchen Treibereien. Die Bezirksleitung der U. S. P. hat folgenden Aufruf erlassen:

Arbeiter! Parteigenossen!

Eure friedliche Demonstration zur Erhaltung der Neutralität und des Friedens ist von Elementen, die Sonderinteressen verfolgen zu schweren Ausschreitungen mißbraucht worden. **Wir verurteilen aufs schärfste die erfolgten Angriffe auf das französische Militär und die bestialischen Morde und Ueberfälle auf polnische Führer.** Die Revolverpresse vom Schlage der „Oberschles. Volksstimme", „Kurier", „Morgenpost" usw. versuchen diese Schandtaten nach bewährter Methode unserer Partei in die Schuhe zu schieben. Seht Euch diese Presse an: Auf der ersten Seite mahnt sie zur Ruhe und Besonnenheit, die anderen Spalten sind voll von Schauermärchen, welche die beiden Volkskreise gegeneinander aufhetzen und die nationale Erregung zur Siedehitze steigern. Arbeiter haltet euch von diesen Dingen fern! Haltet strengste Disziplin!

Die Bezirksleitung der U. S. P. D. Bezirk Oberschlesien.

Der Aufruf kennzeichnet klar die Stellungnahme der Parteiinstanzen in Oberschlesien. Eine Entschließung der Politischen Kommission, die in Gleiwitz tagte, hat durch das Wahlbureau eine Entschließung veröffentlicht, die im wesentlichen dasselbe besagt und noch hinzufügt, daß über das Geschick Oberschlesiens die Abstimmung entscheide, der von keiner Seite vorgegriffen werden dürfe. Die Demonstration sei, wie alle Redner der Partei betont hätten, nicht gegen die Besatzungstruppen oder gegen politische Parteien gerichtet gewesen. Die Arbeiter werden aufgefordert, die oft bewahrte Disziplin zu bewahren und sich nicht von Spitzeln und Provokateuren mißbrauchen zu lassen.

Die Parteiinstanzen lehnen jede Verantwortung für die eingetretenen Komplikationen ab. Unsere Stellung ist insofern ungemein schwierig, als wir keine Tageszeitung haben, wohingegen sich über Oberschlesien eine ungeheure Flut nationalistischer Zeitungen deutscher und polnischer Zunge ergießen.

Ausschreitungen gegen Franzosen in Breslau

DA. Breslau, 21. August.

In Breslau ist es zu bedauerlichen Ausschreitungen gegen Franzosen gekommen. Ein Auto mit französischen Mannschaften durchfuhr die Stadt und erlitt am Ring eine Panne. Hinzukommende Studenten stürzten sich auf das Auto und zerschnitten einige Reifen, so daß das Auto nicht weiterfahren konnte. Die Franzosen mußten zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden. Während des entstandenen Tumults wurden auch die anderen Reifen zerschnitten. Der französische Offizier Lunart erhob Beschwerde beim Polizeipräsidenten. Die eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Der Polizeipräsident von Breslau hat an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, unter allen Umständen Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, da aus derartigen Exzessen der deutschen Regierung die größten Schwierigkeiten erwachsen müßten.

•

Das Verhalten der unreifen Lümmel ist unverantwortlich. Wir pflegen nicht gern nach dem Kadi zu rufen und wollen auch in diesem Falle nicht nach der Polizei und den Gerichten verlangen. Aber eine eindringliche Tracht Prügel würde uns zweckmäßig erscheinen. Es ist schlimm und zeugt von geringer Einsicht der Bevölkerung, daß in solchen Fällen die angegriffenen Franzosen des Schutzes durch Verhaftung bedürfen und nicht die Bengel, die solchen Unfug anrichten.

Eine Kampffront?

Beuthen, 21. August.

Es hat sich nach den vorliegenden Meldungen eine stark besetzte regelrechte Kampffront gebildet, die von Sosnowice über Myslowitz—Boguschütz—Laurahütte—Bairgow—Groß-Dombrowka—Scharley—Radzionkau läuft. An dieser Front findet strenge Kontrolle statt. Von hier aus scheinen die Polen in Richtung der Städte Kattowitz und Beuthen vorzustoßen.

Staatskommissar Peters und Orgesch

Die Ausführungsbestimmungen für das Entwaffnungsgesetz

Der parlamentarische Beirat, den der Reichstag dem Entwaffnungskommissar beigegeben hat, trat gestern zusammen und beriet bis in die Nachtstunden die Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz. Der Reichskommissar Peters stellte sich dem Beirat vor und warb in einer Antrittsrede um Vertrauen. Genosse Dr. Rosenfeld gab ihm sofort Gelegenheit, Farbe zu bekennen, indem er ihm die Frage nach seiner Stellung zur „Orgesch" vorlegte. Was erklärte der Reichskommissar für Entwaffnung? Es sei nicht seine Aufgabe, überall einzugreifen, wo „angeblich" eine Bewaffnung der Bevölkerung stattfinde. Er sei kein Mädchen für alles; er sei auch nicht Reichspolizeiminister. Eschenrich habe ihm erklärt, er wehre sich entschieden gegen das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern. Er führe über ihn Beschwerde. Und was sagt der Reichskommissar dazu? Er könne da nicht dreinreden!!! Ruhig hörte der Entwaffnungskommissar an, daß die Herren Deutschnationalen und Deutschvolksparteiler die „Orgesch" als eine gesetzliche zulässige bewaffnete Organisation bezeichneten. Genosse Dr. Rosenfeld äußerte infolge dieses merkwürdigen Verhaltens des Reichskommissars das allerschärfste Mißtrauen gegen ihn. Um so mehr traten alle übrigen Parteien für ihn ein. Die Rechtssozialisten waren zwar auch von den Erklärungen des Reichskommissars nicht sehr angenehm berührt. Ihr Vertreter Dr. Braun erklärte aber trotzdem, er habe kein Mißtrauen gegen die Person des Reichskommissars.

Auf die wichtigen Verhandlungen des Beirats kommen wir noch ausführlich zurück. Schon heute aber können wir sagen: Die ganze Entwaffnungsaktion entpuppt sich immer klarer als das, wofür unsere Vertreter im Reichstag sie von vornherein angesehen haben: als eine Aktion zum Schutze des bewaffneten Bürgertums und zur Bekämpfung der Arbeiterschaft.

Die Unabhängigkeit Polens

Bei den jetzt begonnenen Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen steht die Frage der polnischen Unabhängigkeit im Mittelpunkte der Verhandlungen. Sie wird auch von den hohen Beschützern Polens, Frankreich und England, als Hauptforderung aufgestellt, deren unbedingte Erfüllung als Prüfstein für die ehrliche Friedensliebe Rußlands angesehen werden müsse.

Nach dem jetzt bekannt gewordenen offiziellen Programm der russischen Friedensdelegation wäre es ein Leichtes, eine Verständigung über die Frage der Unabhängigkeit Polens herbeizuführen, wenn diese Frage tatsächlich die Hauptsorge der polnischen und ententistischen Staatsmänner bilden würde. In Wirklichkeit wird aber auch heute noch mit der Unabhängigkeit des polnischen Volkes dasselbe Spiel getrieben, wie zur Zeit der Zweikaiserproklamation über die Schaffung eines selbständigen Polens und später bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, wo der deutsche Imperialismus den Anspruch erhob, als „Befreier" Polens und der übrigen russischen Randländer aufzutreten. Dem Beispiel Ludendorffs und Hoffmanns sind nach dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus die Staatsmänner der Entente gefolgt, die sich zwar formell auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stellten, zugleich aber diese Idee zugunsten ihrer machtpolitischen Pläne verfälschten oder in ihr Gegenteil umkehrten. Namentlich die französischen Staatsmänner, die in den Jahren 1916 bis 1918 die Unabhängigkeit Polens auf das heftigste bekämpft hatten, nahmen später keinen Anstand, unter der Parole des unabhängigen Polens ein Staatsgebilde im Osten aufzurichten, das weniger dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes des polnischen Volkes und seiner Befreiung von jahrhundertelanger Unterdrückung, als dem Gedanken der Aufrichtung eines neuen Militärstaates und der Sicherung der strategischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs in Osteuropa entsprach.

Dieses Spiel der imperialistischen Diplomatie mit der Idee der nationalen Unabhängigkeit Polens hat in dem russisch-polnischen Krieg elend Schiffbruch erlitten. Es hat sich erwiesen, daß die englisch-französischen Imperialisten, obwohl sie geschickter als die deutschen zu operieren verstanden, im Grunde nicht die Befreiung der unterdrückten Völker, sondern die Verwirklichung ihrer eigenen machtpolitischen Interessen anstrebten und die angeblich befreiten Nationen nur als Werkzeuge für ihre egoistische Politik mißbrauchten. Es hat sich ferner erwiesen, daß die künstlichen Konstruktionen, die die Gesetzgeber von Versailles im Osten errichteten, ebenso infolge ihrer inneren Widersprüche zusammenbrachen, wie die hochfliegenden Pläne der deutschen Raubpolitiker in Brest-Litowsk.

Gegenüber diesem trügerischen Spiel der Gewaltpolitiker der überlebten kapitalistischen Gesellschaftsordnung gibt es auch in dieser Frage nur eine zielklare, konsequente Politik: jene Politik, die von den revolutionären Minderheiten der sozialistischen Parteien in Zimmerwald und Kienthal formuliert und von der russischen Revolution schon in ihrem ersten Stadium, im März 1917, auf ihr Banner geschrieben wurde. Diese Politik bekannte sich offen und unumwunden zu der Unabhängigkeit der unterdrückten Nationen und zu dem Recht eines jeden Volkes, selbständig über sein Schicksal zu verfügen.

Als die Bolschewisten im November 1918 zur Macht gelangten und die Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten begannen, stellten sie sich unzweideutig auf den Boden dieses Programms. Trotz der schwierigen Lage, in der sich das geschlagene Rußland den Mittelmächten gegenüber befand, verfochten die russischen Friedensdelegierten in Brest-Litowsk die Rechte der russischen Randländer auch gegenüber den siegreichen deutschen Imperialisten. Sie erklärten nicht nur ihre vollste Zustimmung zu dem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht aller Nationen des ehemaligen russischen Reiches, einschließlich des polnischen, dessen Unabhängigkeit und staatliche Souveränität Trotzki in seiner Erklärung vom 3. Februar 1918 noch besonders unterstrich; sie lehnten es auch ab, jene Komödie anzuerkennen, die die deutschen Imperialisten mit der Unabhängigkeit Polens und der anderen Randländer inszenierten, und sie ließen durch den Mund der polnischen Mitglieder der Friedensdelegation offen Anklage erheben gegen das falsche Spiel, das Deutschland in der Frage der Unabhängigkeit Polens betrieb.

Diesem Standpunkt der Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität Polens ist die russische Sowjetregierung auch späterhin treu geblieben. Sie hat es noch im Sommer 1918 abgelehnt, dem deutschen Gesandten in Moskau, Graf Mirbach, zu bestätigen, daß das von der deutschen Okkupation unterdrückte Polen ein unabhängiges, selbst sein Schicksal bestimmendes Land sei. Und in allen Phasen der Verhandlungen, die die Sowjetregierung seit der Gründung der polnischen Republik mit den jeweiligen polnischen Regierungen führte, betonte sie immer wieder, daß ihre Stellung gegenüber Polen nicht von irgend welchen vorübergehenden militärischen oder diplomatischen Kombinationen abhänge, sondern

von dem unerschütterlichen Prinzip der nationalen Selbstbestimmung, auf Grund dessen sie „unbedingt und ohne Einschränkung die Unabhängigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkannt habe und anerkenne“ (Erklärung des Rats der Volkskommissare vom 28. Januar 1920). Und selbst als die polnischen Imperialisten den Krieg vom Zaune brachen und in die Ukraine einmarschierten, erklärte das Allrussische Zentralexekutivkomitee in seinem Manifest vom 7. Mai an die polnischen Arbeiter, Bauern und Soldaten, daß die Rote Armee nicht daran denke, „das polnische Volk zu versklaven oder ihm gewaltsam den Kommunismus aufzuzwingen“. Die Sowjetregierung werde vielmehr, nach der Zertrümmerung der polnischen Junkerherrschaft, „dem polnischen Volke das Recht zugestehen, sein Leben nach eigenem Ermessen einzurichten“. Die Erklärungen der russischen Delegierten in London und das Programm der russischen Friedensdelegation in Minsk sind auch nach den großen Siegen über die polnische Heeresmacht und nach der Besetzung eines großen Teiles polnischen Territoriums den einmal proklamierten Zielen der russischen Friedenspolitik treu geblieben.

Wir unterstreichen diese Tatsache nicht nur, weil sie bei den Minsker Verhandlungen und im weiteren Verlauf der Ostkrise eine entscheidende Rolle spielen wird, sondern auch weil sie für die deutsche Politik von eminenter Bedeutung ist. Die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands betreibt seit einiger Zeit eine systematische Hetze gegen Polen, die darauf ausgeht, die chauvinistische Stimmung gegen Polen zu schüren und auf irgendeine Weise die gewaltsame Rückgabe der ehemals deutschen Provinzen zu erzwingen. Diese Handlungen widersprechen nicht nur dem klaren Geist des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das nicht auf dem Wege militärischer Abenteuer oder putschistischer Unternehmungen, sondern auf dem Wege der freien Abstimmung zum Ausdruck kommen muß, sie sind auch töricht und verbrecherisch, denn ihr Ergebnis ist nur die Aufpeitschung der nationalen Erbitterung auf der Gegenseite und die Heraufbeschwörung neuer internationaler Verwicklungen für das Deutsche Reich.

Gerade in Anbetracht der aus diesen Treibereien entstandenen Gefahren halten wir es für notwendig, mit aller Klarheit auszusprechen, daß das deutsche Proletariat mit den nationalistischen Aktionen in den Abstimmungsgebieten nichts gemein hat und nicht daran denkt, die Hetze des deutschen Bürgertums gegen die Unabhängigkeit und Souveränität Polens auch nur im entferntesten mitzumachen. Für uns ist die Unabhängigkeit und Souveränität des polnischen Volkes unantastbar. Wir betrachten die Vereinigung der von Polen bewohnten ehemals preußischen Provinzen mit der polnischen Republik als die Wiedergutmachung eines geschichtlichen Unrechts, und wir möchten nur wünschen, daß die polnische Politik gegenüber den nationalen Minderheiten Polens nicht in den Fußtapfen der preußischen Polenpolitik wandele. In allen strittigen Gebieten jedoch, wo die Abstimmung noch immer nicht vollzogen ist und ebenso dort, wo, wie im „polnischen Korridor“, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung den machtpolitischen Bestrebungen des Imperialismus zum Opfer gebracht worden ist, müßte dieses elementare Recht schleunigst zur Geltung kommen. Erst dann würden die Brandherde gelöscht werden können, die sich überall im Osten aufgetan haben und die die gesamte europäische Politik vor gefährliche Erschütterungen stellen.

Oesterreichisch-rumänischer Handelsvertrag. Zwischen Oesterreich und Rumänien ist ein Handelsabkommen vorläufig auf ein Jahr abgeschlossen worden. In Erläuterung des Abkommens betonte ein Regierungsvertreter gegenüber Pressevertretern das Entgegenkommen der rumänischen Regierung und verwies darauf, daß wegen des Abschlusses eines ähnlichen Uebereinkommens mit Serbien die Verhandlungen noch schweben.

Was geht im Lockstedter Lager vor?

Aus Lockstedt wird uns geschrieben:

Allgemach hat man es ja verlernt, von der Regierung ein energisches Handeln gegen Aufstandsgelüste gewisser Kreise zu erwarten, es brenne ihr denn das Dach über dem Kopfe. Unglaublich und durch nichts mehr zu übertreffen ist aber die freche Offenheit, mit welcher im Lockstedter Lager unter den Augen der Regierung ein neues militärisches Unternehmen vorbereitet wird. Die schützende Maske ist die „landwirtschaftliche Siedelung“.

Als am 30. Mai die 2. Marine-Brigade Ehrhardt aufgelöst wurde, ging das diesem Verbande angehörende 3. Kurländische Regiment nach langem Verhandeln mit der Regierung ins Lockstedter Lager, um durch Ansiedelung der bisherigen Soldaten die weiten, 18 000 Morgen großen Oedländereien der deutschen Volkswirtschaft zurückzugewinnen. Ohne uns über das Siedlungswesen grundsätzlich zu äußern, muß doch mit allem Nachdruck gefordert werden, daß die Gelder des Steuerzahlers keine mißbräuchliche Verwendung finden. Und solches geschieht, wenn die Leiter der sogenannten „Ansiedlung“ in aller Oeffentlichkeit erklären können: **unsere Aufgabe ist es, den Staat, der unseren Forderungen geneigt ist, zu stützen, oder, wenn er nicht besteht, einen solchen Staat zu bilden!** — Kapp-Putsch 2. Auflage! Die Leitung des „Soldaten-Siedlungs-Verbandes Holstein“ liegt in Händen des Hauptmann Riewitz, Graf von Schwerin, Freiherr von Schleinitz usw.

Ist der Regierung die Verbandstagung des Soldaten-Siedlungs-Verbandes am 1. August 1920 so ganz unbekannt geblieben? In aller Oeffentlichkeit hätte sie dort erfahren können, daß ihre „Siedler“ keine Landwirte sind, sondern politisierende Soldaten, **welche die Ansiedelung als notwendiges Uebel bis zum nächsten frisch-fröhlichem Loosschlagen betrachten.** In einem Vortrage des Hauptmann Riewitz über „Politik und Siedlung“ führte er aus, indem er die Folgen der bolschewistischen Erfolge auf Deutschland ausmalte: **man müsse jetzt alle Zügel anstraffen, vor allem den Draufgängermut der Mannschaften noch zurückhalten, um keine Kräftezersplitterung und keine Gefährdung des Einzelnen eintreten zu lassen.** Eine Hauptaufgabe sei es ihm gewesen, von Grund auf eine Klärung und Scheidung der Geister herbeizuführen. Dies sei gelungen, indem man **Sozialdemokraten und Demokraten restlos aus dem Verbande herausgeschmissen habe!** Die so geschaffene reine Bahn solle durch keine fremde Einmischung in das „Siedlungswerk“ gestört werden, denn niemand kenne die eigene „Psyche“, sie sei auch niemandem anzuerlernen. Aus diesem Grunde könnte man auch Hauptmann Schmude (von der Regierung mit der Organisation des gesamten Siedlungswesens betraut) keinen Einfluß auf den Gang der Dinge gewinnen lassen, obschon dieser sich bereits etwas „getreten“ fühle. (!) Er — Riewitz — sehe folgende politische Entwicklung in Deutschland voraus: **Der Bolschewismus kommt und wird ungehindert und schnell in Ost- und Mitteldeutschland Fuß fassen.** Dieser Tatsache werde ebenso rasch der Abfall ganz Süddeutschlands, der Westlande und wahrscheinlich auch Schleswig-Holsteins folgen. Mit diesem Zeitpunkte sei **der Tag des aktiven Eingreifens gekommen.** Erste Aufgabe sei es dann, Schleswig-Holstein zu schützen und **die Truppe zu einem Mittelpunkt des Gegenstoßes zu machen,** und dann — nach Erreichung dieses Zieles — werde die **militärische Operation über Schleswig-Holstein hinaus ins Reich getragen werden können, um dem Lande eine Regierung zu geben, die sie — (die „Grafen-Siedler“) — wünschten, und die ihren Wünschen und Forderungen geneigt wäre.** — Oder mit den ergänzenden Worten des Grafen Schwerin: **wir werden diejenigen sein, welche diese kommende Regierung in den Sattel heben werden!“**

Das sind die Führer eines „friedlichen“ Unternehmens, für welches aus Staatsmitteln, also aus Geldern des Steuerzahlers, Millionen und Millionen ausgeworfen werden! Unsummen von Geld in einer Zeit, wo die Regierung aus dem finanziellen Katzenjammer ewig nicht herauskommt! Unglaublich ist es aber, daß Hauptmann Riewitz auf der im Juli stattgehabten Bauerntagung in Rendsburg die gleichen Pläne wiederum in aller Oeffentlichkeit hat darlegen können, ohne daß die Regierung Kenntnis bekommen zu haben scheint! Oder ist dem nicht so?

Wir verlangen mit allem Nachdruck Klarheit und Aufklärung! Wir fordern die unbedingte sofortige Entfernung der Leitung jenes „Siedlungs“-Verbandes. Die Regierung, die jene gräflichen Herren dem deutschen Volke in den Sattel heben wollen, ist uns noch in saftsamster Erinnerung. — Wir danken bestens!

Verbrecherschutz durch die Justiz

Die „Brandenburger Zeitung“ gibt in ihrer Freitagnummer den Inhalt eines Schreibens bekannt, das dem Blatt vom Oberreichsanwalt zugegangen ist. Das Schreiben lautet:

Der Oberreichsanwalt. Leipzig, den 11. August 1920.
J. 544 20/4.

Auf die Anzeige vom 20. April 1920 teile ich mit, daß ich das Verfahren gegen 1. Oberleutnant von Bierech, Reiterregiment Nr. 4, 2. Rittmeister Freihern von Mirbach, Reiterregiment Nr. 4, 3. Oberleutnant von Arnim, Reiterregiment Nr. 4, 4. Leutnant Völkerling, Reiterregiment Nr. 4, 5. Leutnant von Passow, Reiteregiment Nr. 4, 6. Gefreiten Blunk auf Grund des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit, vom 4. August 1920, eingestellt habe.

Die „Brandenburger Zeitung“ hatte gegen diese Burschen Strafanzeige gestellt, weil sie während des Kapp-Putsches an den Aktionen der Kappisten hervorragenden Anteil hatten. Sie gehörten dem Detachement Potsdam an, das am 15. März in Brandenburg einrückte, obwohl in Brandenburg die Ordnung nicht gestört war. **Gleich nach dem Einrücken hausten sie in der Stadt wie die Vandalen. Unter Führung des Oberleutnants Vierecks wurde u. a. die Druckerei von Meyerheim gestürmt und mit Handgranaten und anderen Instrumenten völlig zerstört. Bei der ganzen Aktion kamen sechs Menschen, darunter eine Frau mit zwei Kindern, ums Leben.**

Diese Verbrecher, die sich nicht nur des Hochverrats, sondern auch des Mordes, der Plünderung und der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht haben, sollen also unter das Amnestiegesetz fallen und völlig straffrei ausgehen. Der Fall steht allerdings nicht vereinzelt da. Auch in Kottbus wurde auf Geheiß des kommandierenden Garnisonältesten Major Buchrucker die Druckerei unseres Parteiblattes „Freier Volkswille“ völlig zerstört. Auch diese Burschen waren nachts in die unbewachte Druckerei eingebrochen, um ihr Zerstörungswerk zu verrichten. Das Reichswehrministerium aber hatte für dieses vandalistische Vorgehen nur eine Entschuldigung: **„Das Vorgehen der Mannschaften wäre scharf, aber berechtigt.“** — Mit einer solchen Begründung kann in Zukunft jeder Raubmord entschuldigt werden.

Die ansteckende Krankheit

Noch eine Räterepublik

Auch in Cöthen ist unter verdächtigen Begleitumständen, die auf die Beteiligung von Lockspitzeln schließen läßt, im Anschluß an einen Putsch die Räterepublik ausgerufen worden. Darauf hat der Staatsrat für Anhalt am Sonnabend mittag den Ausnahmezustand über Stadt und Kreis Cöthen erklärt. Als die Putschisten hörten, daß ihre Annahme, auch in Halle, Leipzig und Magdeburg sei die Rätediktatur erklärt worden, falsch sei, erklärte der Urheber des Putsches, Oberlehrer Dr. Berg, ein früherer Oberleutnant der Reserve, den Vollzugsrat als aufgelöst. Damit hat auch die „Räterepublik“ in Cöthen ihr Ende gefunden.

Reichswehr von Dessau und Sicherheitspolizei von Halle waren natürlich bereits unterwegs.

Eisenbahnerbetriebsratswahlen in Oberschlesien. Der Abschluß der Betriebsratswahlen im Bezirk der Eisenbahndirektion Kattowitz hat ergeben, daß insgesamt 19 000 Eisenbahner von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Von diesen 19 000 Stimmen sind im ganzen nur rund 3000 polnische Stimmen abgegeben worden.

Verbot des Simplizissimus im Rheinland. Der „Simplizissimus“ ist von der interalliierten Kommission erneut für das besetzte Gebiet verboten worden.

Die Herren Veranlasser

Von Ignaz Wrobel.

„Adjutant!“

„Herr Hauptmann?“

„Notieren Sie den Fall!“

„Zu Befehl, Herr Hauptmann, ich werde das Nötige veranlassen.“

Beim deutschen Militär gab und gibt es eine Menge Leute — meist in Offiziersstellen —, die davon leben, daß sie Befehle weitergeben. Sie sind Durchgangsstellen für die Uebermittlung von Willenserklärungen nach unten hin. Sie veranlassen das Nötige.

Der Regimentskommandeur hat die Stirn gerunzelt, und es hat sich zwischen ihm und seinem Adjutanten ungefähr so eine Unterhaltung abgespielt, wie sie da oben aufgeschrieben ist. Der Adjutant ist mit rotem Kopf zu dem zuständigen Bataillonskommandeur gelaufen und hat dem den Willen des Gewaltigen verkündet. Der Bataillonskommandeur langt sich seinen Adjutanten, Unterhaltung wie oben, Krach beim Kompagnieführer, Adjutant des Kompagnieführers, siehe oben, Spektakel mit dem Feldwebel, und die Sache endete meist damit, daß irgend ein brummeliger Gefreiter und zwei Mann das in Ordnung brachten, was den „Alten“ so erregt hatte. Letzten Endes hatte der Alte befohlen, und die drei Leute hatten gehorcht. Die Zwischenstellen hatten das Nötige veranlaßt.

Dieses Deutschland von 1920 ist überschwemmt mit den Angehörigen der heimgekehrten Armee. Die wildesten Propagandakämpfe stellungsloser Offiziere haben zwar die Zahl der militärischen Abwicklungsstellen, wo die uniformierten Richtstuer die Steuergelder aus den Lohnabzügen der Arbeiter schneller verzehren, als ein Mensch arbeiten kann — die wilde und verzweifelte Notwehr der zu entlassenden Offiziere aller Kaliber hat diese und jene Sicherheitswehr, diesen und jenen Ortsschutz geschaffen und Stellen und abermals Stellen —: aber es ist doch unverkennbar, daß die glorreiche kaiserliche Armee einen großen Teil ihres Menschenmaterials in das Zivilleben hat abgeben müssen.

Armes Zivil! Nun haben wir die Herren Veranlasser im eigenen Lager. Es ist ausgeschlossen, daß der deutsche Militärbeamtentypus (denn diese kampfbewährten Okkupations- und Etappenoffiziere hatten ja vielmehr Aehnlichkeit mit Beamten als mit Soldaten) —, es ist ausgeschlossen, sage ich, daß dieses bunte Volk sich von heute auf morgen umstellt. Sie geben zusammen mit den ebenfalls verbildeten Formaljuristen eine besondere deutsche Klasse ab, eine Klasse, die nicht arbeitet, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, die nicht selbständig und produktiv schafft — sondern die veranlaßt.

Wir sind nun heute glücklich so weit, daß ungefähr ein Zehntel der männlichen werktätigen Bevölkerung aufschreibt, was die übrigen neun Zehntel tun. In keinem Lande werden so viele Listen geführt wie hier, in keinem Lande ist der Apparat des Lebens so verwickelt, in keinem Lande — außer vielleicht der rückenmarksschwindsüchtigen Donaumonarchie — wird soviel registriert, verwaltet und veranlaßt. Es ist das nicht allein das Resultat eines Denkprozesses, der etwa ein solches dauernd von der Obrigkeit überwachtes Leben für notwendig hielte — es ist das einfach die Folge dessen, daß ein großer Teil der kampferprobten Militär- und Paragraphenmänner keine andere Arbeit zu leisten imstande ist: als eben zu veranlassen.

Der Jurist hat für alles, was es auf der Welt gibt, den Rahmen seiner abstrakten Vorstellungen. Der Militärbeamte (der sich Offizier nennen läßt) glaubt gleichfalls, alles mit der straffen preußischen Organisation erfassen zu können. Beide trennt vom praktischen Leben eine Glaswand. Sie arbeiten nicht. Sie veranlassen.

Lustig und beschämend zugleich ist die gänzliche Hilflosigkeit dieser Brüder, wenn sie ins Ausland kommen. Das Ausland — besonders der Angelsachse und der Amerikaner — ist gewöhnt, ausschließlich und nur auf den positiven Enderfolg zu sehen und kümmert sich um das Zwischenstadium der Verwaltung und der Veranlassung einen Teufel. Das begreifen unsere Veranlasser nun gar nicht. Das Reichsamt für den Wiederaufbau hat aber doch . . .! Der Präsident des Rückwanderungsamts ist doch darüber benachrichtigt, daß . . .! Beim Beauftragten für die Verteilung der Kohlen schweben doch aber Erwägungen . . .! Und derweilen geht die Zeit weiter, und das Ausland lacht sie aus, und unsere Veranlasser stehen da: begossen, verwundert, patriotisch bis aufs Hemde und ohne jedes Verständnis für die „Feinde“, die in ihrer maßlosen Ungebildetheit den preußischen Instanzenzug nicht kennen.

Die Herren Veranlasser kosten uns Milliarden. Sie kosten uns das einerseits durch die Dinge, die sie alle nicht tun, durch ihre Versäumnisse, ihre Zeitverluste, ihre Tintenklödeleien. Sie kosten es uns andererseits durch ihre Gehälter, denn die meisten dieser Geheimräte, Assessoren, Verwaltungsmenschen, ehemaligen, Offiziere werden, wenn auch nicht fürstlich, so doch im Vergleich zu ihrer ganz unfruchtbaren Arbeiter lächerlich überbezahlt. Sie sind im Grunde überflüssig.

Bei der Reichswehr ist das augenblickliche Verhältnis der Zahl der Unteroffiziere zu der Zahl der Mannschaften wie Eins zu Drei, das heißt, auf je drei Leute kommt immer ein Unteroffizier, und auf ungefähr fünfundzwanzig Mann, einschließlich der Unteroffiziere, ein Offizier. In den Verwaltungsstellen ist das noch viel schlimmer. Die Zahl der Geheimräte, die einen einzigen Fortbildungsschuldirektor beaufsichtigen, verwalten, regieren, registrieren und das Nötige mit ihm veranlassen, gibt leider keine indiskrete Hand der Oeffentlichkeit preis. Es wäre gut, zu wissen, wie viele es sind, die da dem produktiven Arbeiter lähmend in die Hand fallen. Wenige sinds nicht.

Dann geh einmal durch die bürgerlichen Familien: in jeder, aber fast ausnahmslos in jeder, sitzt ein alter und ein junger Herr, die morgens in geblähter Wichtigkeit mit der dicken Ledermappe „aufs Amt“ gehen. Ich habe mich früher immer gewundert, wenn ich hörte, dieser oder jener mir bekannte Assessor beschäftige sich plötzlich mit Schulangelegenheiten oder arbeite bei der Steuer oder untersuche die Wiedergutmachungsansprüche von beschädigten Kriegsreedern. Ja, verstehen sie denn das? Ich weiß sehr wohl, daß sich ein anschlägiger Kopf überall einarbeiten kann, aber diese preußischen Gehirne und dann die Fixigkeit des Ressortwechsels? Ich Tor! Heute weiß ich, daß in allen diesen Stellen, mag es sich um Müllabfuhr, Bordellaufsicht oder den Gemeindekirchenrat handeln, „verwaltet“ wird. Verfügungen gehen durch, die man bestempeln muß, Unterschriften werden gemacht, Verordnungen erlassen, um die sich meist kein Mensch kümmert — kurz: es wird veranlaßt.

Und weil Generationen deutscher Brillenmenschen nicht fähig sind, anders zu leben als so, und eine andere Arbeit zu leisten, als diese unfruchtbare da, deshalb haben wir ein Heer und eine Herde von Veranlassern, die mich immer an ein unvergeßliches Bild aus dem Kriege erinnern:

Auf einem Hofe in Kurland stand eine Lokomobile, die sägte Holz. Und mit diesem Holz wurde sie geheizt.

Das sind unsere Herren Veranlasser.

Vergeistigung der Reichswehr

Ihr wollt wissen, weshalb wir eine „Reichswehr“ haben? Das weiß ich selbst nicht. Die Entente wünscht es. Unsere Offiziere und Regierenden möchten noch etwas Anderes als die „Reichswehr“ haben. Jedenfalls ist sie da. Und nun laufen 100 000 Mann auf deine Kosten im Lande herum, damit du Ruhe hast. 100 000 Mann werden zum Lohn für zwölfjährigen Verzicht auf Arbeit gekleidet, beherbergt, verpflegt und bezahlt. 100 000 Mann sorgen nie für den kommenden Tag, säen nicht und ernten nicht, aber du ernährst sie doch. Arbeitslosigkeit ist für sie eben so viel Ruhm wie sie für dich eine Schande ist. Man muß sich abfinden.

Du mußt nicht denken, daß diese Leute nicht denken. Diese Leute schlafen, essen, trinken, lieben nicht nur — sie werden auch „ausgebildet“ — du weißt aus den schauderhaftesten Zeiten deines Daseins, daß ein Monat genügte, um dich für den „Heldentod“ im Ypernbogen reif zu machen. Aber vielleicht warst du doch klüger. Diese Leute werden gewiß 12 Jahre lang (so steht es geschrieben) um eine Kanone herumlaufen, die 365 Teile der M.-G. herunterschnarren und sich bei Fluchtversuchen betätigen.

Zwischendurch markieren sie das eherne Fundament des Reiches. Wenn eine Stadt durch Volksabstimmung wieder zu Deutschland zurückkehrt, zieht ein preußischer Minister ein und bringt eine Sektion Plakatkleber mit, die tausend und abertausend Verfügungen der Reichsregierung ankleben, aber hinter dem Minister marschiert gleich ein Bataillon Reichswehr, die Versammelten singen das Preußenlied — man ist zu Hause.

Anderswo wird organisiert. Seit 6 Jahren ist Deutschland vom Organisationsfieber besessen. Zuerst organisierte das Reich. Jetzt organisiert jedermann — der eine in Zucker, der andere in Politik. Die Reichswehr organisiert Nachrichtenbureaus, man muß seine Kriegserfahrungen verwerten. Dieser Leute hat sich ein unwiderstehlicher Hang zur geistigen Tätigkeit bemächtigt, sie verwandeln sich in Detektivs, Spitzel, Aufpasser. Wenn man den Bericht über die Verhältnisse in einer Magdeburger Reichswehrbrigade liest, staunt man über die Gewandtheit der Offiziere, welche plötzlich intelligenter als ihre Feldwebel geworden zu sein scheinen. Vielleicht wird man eines Tages die Reichswehr in ein Detektivkorps umformieren. Aber vielleicht erlebt man auch noch andere Neuformationen. Wer kennt die Geheimnisse der Brigaden und Divisionen?

Kurt Kersten.

Der russisch-polnische Krieg

Eine Rede Trotzkis

DA. Kopenhagen, 21. August.

Ein Moskauer Funkspruch gibt eine Rede Trotzkis wieder, die dieser in Minsk soeben vor den Sowjets gehalten hat und in der er trotz der gegenwärtigen Mißerfolge unverkennbare Zuversicht zur Schau trägt: „Unsere Truppen mußten vor Warschau mit ihrem Vormarsch einhalten. Dadurch wird aber der Gang der Ereignisse in keiner Weise geändert. Die polnische Front besteht gegenwärtig aus zwei Teilen, nämlich aus einem militärischen und einem diplomatischen, und besitzt zwei Mittelpunkte, in Warschau und in Minsk. Die Verhandlungen in Minsk sind von außerordentlicher Wichtigkeit, da sie sich unter dem Einfluß einer großen Arbeiterbewegung abspielen. Großbritannien mache gegenwärtig eine Krise durch, wie es keine gleiche in der Weltgeschichte gäbe, da sich die Arbeiterschaft in den Gang der Verhandlungen einzumischen wußte. Was die Frage des Generals Wrangel anlangt, so habe Rußland einstweilen den Vormarsch zulassen müssen. Aber bald werde er einen Stoß erhalten, der seine Weiterbewegung unmöglich mache. Ueber das Schicksal und die Zukunft der russischen Republik entscheide man nicht in der Krim, sondern an der polnischen Front."

Der Strohmann

HN. Paris, 21. August.

Aus Moskau wird drahtlos gemeldet: Die Niederlage der Polen hat die französische Regierung bewogen, ihren Strohmann in Südrußland, den General Wrangel, gegen die Sowjetregierung aufzuhetzen. Deshalb ist die Front des Generals Wrangel für uns von großer Bedeutung. Wir müssen mit unserem Reserveheer die Truppen Wrangels vernichten, ohne im geringsten die Truppen an der polnischen Front zu schwächen.

Wie die „Iswestija" meldet, dringen 15 000 ukrainische Aufständische von Jekaterinoslaw nach Osten vor und veranlassen die bolschewistischen Truppen zum Rückzug. Alle bolschewistischen Blätter betonen die große Gefahr, die die Sowjetregierung laufen würde, wenn Wrangel sich mit diesen Aufständischen vereinigen könnte.

Die Stimmung in Warschau

HN. Rotterdam, 21. August.

Der Sonderberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" in Warschau berichtet: Im Augenblick sei die allgemeine Auffassung die, daß Warschau nicht mehr in Gefahr schwebe. Nowo Minsk ist von den Polen wiedererobert worden. Unter den zahlreichen Gefangenen befindet sich auch ein Kommissar der Sowjetregierung. Die wütenden Polen haben ihm die Hände gebunden und ihn mißhandelt.

Obgleich keine Berichte aus Minsk vorliegen, ist man in Warschau davon überzeugt, daß die militärischen Operationen auf die Verhandlungen eine Wirkung ausüben werden. Man fragt sich nur, ob die Bolschewiki den Lauf der Verhandlungen nicht noch zu verzögern trachten werden in der Hoffnung, daß sich das Kriegsglück zu ihren Gunsten wenden könnte, sobald sie ihre Artillerie, die noch nicht völlig vorhanden ist, an die Front gezogen haben.

Infolge der Siege steht die gegenwärtige polnische Regierung Pilsudski—Witos—Daszynski wieder fester da. Durch die Befestigung der gegenwärtigen Regierung ist die Aktion des Konservativen Dmowsky, der von Posen aus versuchen wollte, die Regierung zu stürzen, sehr geschwächt. Im Gegensatz zu der gegenwärtigen Politik der polnischen Regierung, die eine unabhängige Ukraine als Pufferstaat zwischen Sowjetrußland und des demokratischen Polen will, strebt Dmowsky eine gemeinsame Grenze zwischen Polen und Rußland an. Beide Staaten sollen dann die Ukraine und Weißrußland untereinander verteilen, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu beachten, das die gegenwärtige Regierung vertritt.

Die antisemitische Bewegung, die bei Beginn des Krieges sehr stark war, ist sichtbar vermindert.

Russischer Heeresbericht

HN. Moskau, 21. August.

Generalstabsbericht vom 20. August: In der Nähe von Plonsk dauert der Kampf weiter. Südöstlich von Ciechanow haben wir den Feind zurückgeworfen und stehen 15 Kilometer vor Ciechanow. Unsere Truppen haben Luka und Radzymin geräumt. Der Kampf um Wlowawa und Brala dauert fort. In der Gegend von Cholm und Partschew konnten wir weitere Fortschritte erzielen. In der Gegend von Butschatsch nimmt der Kampf für uns einen günstigen Verlauf.

Soldau besetzt

Königsberg i. Pr., 21. August.

Soldau ist heute früh durch Polen besetzt worden. Ihre Patrouillen haben bereits Illowo erreicht. Der Rückzug der nördlichen Teile des russischen Nordflügels über Mlawa ist in Ordnung erfolgt, jedoch scheinen noch stärkere Kavallerieabteilungen nördlich von Ciechanow im Rückmarsch zu sein. Nördlich von Ciechanow und westlich von Pultusk nur geringe Fortschritte des polnischen Offensivstoßes. Die über Wyschkow vorgehende polnische erste Armee kämpfte südwestlich von Ostrow. Das polnische Zentrum erreichte auf der ganzen Linie den Bug. Oestlich von Cholm und bei Hrubieczow verstärkten sich die bolschewistischen Angriffe. Hart östlich und nördlich von Lemberg wird gekämpft.

Die Kampflage vor Thorn

DA. Bromberg, 21. August.

Das polnische Festungskommando Thorn gibt folgenden Bericht über die Kampflage vor Thorn aus: Lubitsch, das vorübergehend in der Hand der Bolschewisten war, ist von der Thorner Besatzung wiedergenommen worden. Infolge der erfolgreichen Kampfhandlungen der Thorner Besatzung in Richtung nach dem Osten ist der östliche Teil des Thorner Kreises von den Russen nicht mehr bedroht. Die Flüchtlinge können schon zurückkehren. Augenblicklich sind alle Anstrengungen darauf gerichtet, den noch in der Umgegend von Schönsee befindlichen Gegner vollständig aus Pommerellen zu vertreiben. Auch Kowalewo wurde den Bolschewisten von der Thorner Besatzung wieder entrissen. Drei Deutsche sind bei dieser Gelegenheit erschossen worden, da sie den russischen Truppen Signale gegeben und Telephonleitungen durchschnitten hatten.

Bei Lemberg

Paris, 21. August.

„Chicago Tribune" schreibt über die Lage auf dem polnischen Kriegsschauplatz: Es bestehe noch eine Drohung für die Polen. In Ostgalizien gehe das Kavalleriekorps Budjennyjj ohne Hindernisse vor, denn die Polen hätten alle ihre Truppen aus dem Bezirk von Lemberg weggenommen. Dieses Korps habe nur französische Flieger vor sich, infolgedessen bestehe eine Umfassungsgefahr für den rechten Flügel durch die bolschewistische Kavallerie.

Der Mitarbeiter des „Paris Midi" fragt: Wo ist die Rote Armee? Man könne doch nicht glauben, daß einige Freiwillige, die von französischen Truppen geführt würden, genügt haben, um diese Armee niederzuklümpeln. Bevor man von der endgültigen Niederlage der Roten Armee spreche, müsse man wissen, wo sie sich befinde. Man habe allen Anlaß, zu glauben, daß die Polen bis jetzt nur vorgeschobenen Elementen begegnet seien, namentlich Kavallerie, die in aller Eile auf Warschau vorgedrungen sei. Das Gros der roten Armee müsse zurückgeblieben sein, vielleicht im Bezirke von Brest-Litowsk.

Schutz der Neutralität

Beschlüsse der Spitzenorganisationen

Vertreter der Spitzenkörperschaften der politischen Parteien, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaften des Transportwesens traten gestern zu einer Besprechung zusammen, um der Aktion der Arbeiterklasse zur Aufrechterhaltung der Neutralität größere Einheitlichkeit zu geben durch die Einsetzung einer allgemein verantwortlichen Führung. Auf der Konferenz waren auch Vertreter der K. P. D. anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung kamen die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Angriffe zu sprechen, die unmittelbar nach Veröffentlichung des gemeinsamen Aufrufs aller Parteien und des Gewerkschaftsbundes zur Durchführung der Aktion von der K. P. D. gegen die übrigen beteiligten Organisationen und Persönlichkeiten gerichtet wurden. Der Bund erklärte, daß es ihm unmöglich sei, mit einer Gruppe zusammenzuarbeiten, die während einer gemeinsam geführten Bewegung gegen die übrigen beteiligten Gruppen den Vorwurf des Verrats erhebt. Eine Störung der Aktion und eine Schwächung ihrer Wirkung müsse die Folge sein. Vertreter der S. P. D. schlossen sich den Ausführungen des Vertreters des Bundes an. Aber auch die Vertreter der Eisenbahnarbeiterräte des Reiches sowie des Groß-Berliner Wirtschaftsgebietes verurteilten auf das allerschärfste das Vorgehen der K. P. D. Die Gewerkschaftsvertreter machten ein weiteres Zusammengehen mit der K. P. D. abhängig von der Abgabe einer Erklärung der Vertreter der K. P. D., die geeignet wäre, die Garantie für eine Verhinderung ähnlicher Vorfälle in der Zukunft zu geben. Die Abgabe einer präzisen Erklärung durch die Vertreter der K. P. D. unterblieb aber.

Die Vertreter unserer Partei mußten sich in der Verurteilung des Verhaltens der Kommunisten den übrigen Beteiligten anschließen, denn es geht in der Tat nicht an, daß die Kommunistische Partei den Vorteil der gemeinsamen Aktion aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats für sich in Anspruch nimmt und zugleich aus Gründen der parteipolitischen Propaganda die anderen beteiligten Organisationen mit Schmähungen verfolgt. Ein weiteres Zusammenarbeiten mit der K. P. D. wollten unsere Vertreter indes nicht ablehnen. Sie brachten zum Ausdruck, es sei anzunehmen, daß die Aussprache nicht ohne Eindruck auf das zukünftige Verhalten der Kommunistischen Partei geblieben sein werde und daß ähnliche häßliche Vorgänge in der Zukunft wohl unterbleiben würden, auch ohne daß eine bindende Erklärung der anwesenden Kommunisten abgegeben werde.

Unsere Parteigenossen blieben mit dieser Auffassung in der Minderheit. In der Abstimmung erhielt die Auffassung der Gewerkschaften die Mehrheit, worauf die Vertreter der Kommunisten die Sitzung verließen.

Die nachfolgenden Beratungen ergaben als Resultat folgende

Beschlüsse:

Es wird beschlossen, eine Kontrollkommission für das Reich einzusetzen, bestehend aus folgenden Personen:

Vertreter der U. S. P. D.: Rosenfeld,
der S. P. D.: Franz Krüger,
des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes: Knoll,
der Reichseisenbahner-Betriebsräte: Kliebor,
des Eisenbahnerverbandes: Brunner,
des Transportarbeiterverbandes: Fromm.

Für die einzelnen Orte sollen in derselben Zusammensetzung ebenfalls solche Kommissionen eingesetzt werden. Diese Reichskontrollkommission soll

1. die akuten Fälle wie am Stettiner Bahnhof Berlin, in Stettin und Lübeck behandeln,
2. gültige Legitimationen für die einzelnen Kommissionen erwirken,
3. allgemeine Richtlinien für künftige Fälle festlegen.

Die Plenarsitzung nimmt am Dienstag erneut Stellung. In dieser Sitzung wird auch die Berliner Kommission sich konstituieren. Die eingesetzte Reichskontrollkommission nimmt ihre Arbeiten sofort auf.

*

Die Reichskontrollkommission hat ihre Arbeit noch gestern aufgenommen, Richtlinien für die Arbeiten der örtlichen Kommissionen entworfen und sie ist dann sofort mit der Reichsregierung in Verbindung getreten. Am Montag soll die Reichskontrollkommission mit den Vertretern der beteiligten Reichs- und preußischen Ministerien beraten, um Klarheit über den Charakter der auf dem Stettiner Bahnhof und in Lübeck angehaltenen Waffentransporte herbeizuführen.

Wir erwarten, daß die Reichsbehörden der von den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen eingesetzten Kommission das gebührende Verständnis entgegenbringen.

Die Waffenschieber

Auch die Einwohnerwehr macht mit

Auf dem Schlesischen Bahnhof sind die Eisenbahnarbeiter wieder großen Waffenschiebungen auf die Spur gekommen. Es wurden vier Gestelle angehalten, die angeblich Blechwaren enthalten sollten. Der tatsächliche Inhalt waren Stahlhelme. Absender der Gestelle: Die Reichszentrale der Einwohnerwehr. Empfänger: Kreisrat König'sbeck, Landratsamt Preußisch-Holland. Weiter wurden angehalten acht Kisten und vier Gestelle, die als Feuerlöschgerät deklariert waren, aber Funkergerät enthielten. Die Gegenstände waren für Stettin bestimmt. Absender: Berliner Frachtkontor, Empfänger: Internationale Verkehrsanstalt. Zwei weitere Kisten, als Handwerkzeug deklariert, enthielten Antennen.

An diesen Schiebungen kann die Arbeiterschaft wieder erkennen, wie notwendig es ist, den Verkehr genau zu überwachen. Daß es sich bei den Sendungen zum mindesten um Schiebungen für die Konterrevolution handelt, geht zur Genüge aus der falschen Deklaration hervor.

Der Tamschick-Transport

Bis zur Stunde ist über die Weiterführung des für die Sipo Königsberg bestimmten Transportes noch keine Vereinbarung zwischen dem Ministerium des Innern und den Eisenbahnbetriebsräten getroffen worden. Das Ministerium hat den Eisenbahnern Konzessionen dahingehend gemacht, daß außer den Ausrüstungsstücken nur leichte Munition befördert wird und daß die Geschütze, Minen und Handgranaten hier zurückbleiben sollen. Inzwischen erheben jedoch die Eisenbahner den Einwand, daß die von ihnen festgestellte Menge von Infanteriemunition, die sich bei dem Transport befindet, erheblich größer ist, als es ursprünglich den Anschein hatte. Die Verhandlungen gehen deshalb weiter.

In den Verhandlungen zwischen den Regierungsstellen und den Betriebsräten der Eisenbahn ist auch insofern eine neue Lage eingetreten, als gestern weitere Transporte in Groß-Berlin angehalten werden mußten. Auf dem Bahnhof Westend haben die dortigen Eisenbahner 15 Waggons unfertiger Munition festgehalten, da Absender und Empfänger vorläufig nicht festgestellt sind.

Neue Schiebungen für Polen?

In seiner Morgenausgabe vom 21. August bringt der „Berliner Lokalanzeiger" folgende Meldung:

„Wie uns in später Stunde mitgeteilt wird, soll es einem Beamten der Erfassungsstelle beim Reichsschatzministerium gelungen sein, große Schiebungen von Heeresmaterial aufzudecken. So soll in Mitteldeutschland versucht worden sein, für viele Millionen Mark Flugzeuge nach Polen zu verschieben. Ferner soll es gelungen sein, in einer mitteldeutschen Garnisonstadt die Verschiebung von Heeresgut im Betrage mehrerer Millionen zu unterbinden. Als Organisator dieser Schiebungen soll ein Angehöriger einer ausländischen Adelsfamilie in die Angelegenheit verwickelt sein, der unter verschiedenen Namen in Berlin auftritt. . . ."

Auch uns sind Nachrichten hierüber zugegangen. Die Angaben klingen bestimmt genug, um einer gründlichen Prüfung der Angelegenheit und einer eindeutigen Unterrichtung der Oeffentlichkeit durch die Regierung als Veranlassung zu dienen. Die Regierung könnte damit den Beweis liefern, daß es ihr ernst ist mit der Neutralität. Schweigt sie, so darf sie sich nicht wundern, wenn das Gegenteil daraus gefolgert wird.

Gelbe Anmaßungen

Durch W. T. B. läßt der „Nationalverband Deutscher Gewerkschaften" (Deutscher Arbeiterbund, Deutscher Vorarbeiterbund, Bund nationaler technischer Angestellten, Deutscher Bäckergesellenbund, Deutscher Konditoren-Gehilfenverband, Reichslandarbeiterbund) eine Kundgebung verbreiten, in der er ganz entschieden gegen die neuerdings zur Gewohnheit gewordene Mißhandlung nicht nur von mißliebigen Arbeitern, sondern auch von Werksleitern bei Arbeitsstreitigkeiten protestiert.

Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterbewegung, heißt es da, daß sie in den Verruf einer von verbrecherischen Trieben geleiteten Summe roher, erpresserischer Fäuste gerät. Die deutsche Arbeiterbewegung ist zu ihrem Unglück auf falsche politische und falsche volkswirtschaftliche Bahnen geführt worden. Sie darf nun nicht auch noch auf moralisch verabscheuungswerte Wege geraten.

Die anständig denkende Arbeiterschaft wird sodann aufgefordert, im Interesse „der Ehre und des guten Namens der deutschen Arbeiterbewegung" und im Interesse einer ungestörten Produktion und der Gesundung unserer Wirtschafts- und Preisverhältnisse bei Arbeitsstreitigkeiten den ordnungsgemäßen Schlichtungsweg und erforderlichen Falls den Weg des Appells an die öffentliche Meinung zu beschreiten, aber gegen die zu Gewalttaten aufreizenden verbrecherischen Elemente entschieden vorzugehen und zu helfen, Verbrecher an der Gesundheit und dem Leben mißliebiger Arbeiter und Werksleiter ihrer verdienten Bestrafung zuzuführen.

Diese Gesellschaft also, deren bloße Existenz eine unmoralische Erscheinung ist, wagt es, die deutsche Arbeiterschaft Moral zu lehren. Sie, die Ehre und guten Namen der Arbeiterbewegung durch ihren Verrat am Klasseninteresse dauernd befleckt, besitzt die Dreistigkeit, sich als Hüter von Ehre und gutem Namen der Arbeiterbewegung aufzuspielen. Dieser Wisch ist eine neue Beschmutzung der Arbeiterschaft. Die Arbeiterbewegung wird der Oeffentlichkeit in allgemeinen beweislosen Behauptungen denunziert als „Summe roher, erpresserischer Fäuste". Die gelbe Horde soll den Mund nicht zu weit aufreißen. Wir haben noch nicht vergessen, daß es bei allen größeren und hartnäckigen Kämpfen stets die Gelben waren, die mit dem geladenen Revolver in der Hand den „ordnungsmäßigen Schlichtungsweg" gegangen und zum „Verbrecher an der Gesundheit und am Leben mißliebiger Arbeiter" geworden sind.

Agrarische Steuergrundsätze

Die P. P. N. melden aus Ludwigshafen: Die fünfte Vollsitzung des landwirtschaftlichen Kreisausschusses der Pfalz, der auch der Landwirtschaftsminister Butzelhofer beiwohnte, faßte einstimmig eine Entschließung, wonach der Kreisausschuß schärfsten Widerspruch erhebt, gegen die ungerechte Art und Weise, die die Rentämter bei der Berechnung des Ertragswertes einzelner Liegenschaften für das Reichsnotopfer vorsehen. Antragsweise wurde ferner beschlossen: 1. An die Landwirte zu appellieren, daß sie den zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohnabzug rücksichtslos durchführen. 2. Das bayerische Landwirtschaftsministerium zu ersuchen, daß das betr. Gesetz dahin abgeändert wird, daß die Steuerbeträge in kurzem direkt von den Arbeitgebern erhoben werden.

Im Falle Reichsnotopfer also beklagt sich das Agrariertum gegen die „ungerechte Berechnung", das heißt gegen eine ihnen, trotz aller Unzulänglichkeit dieser Steuerform, unbequeme Besteuerung des Besitzes. Im Falle des Steuerabzuges vom Lohn dagegen sind sie energisch dafür, daß diese Maßregel rücksichtslos durchgeführt werde.

Verschon' mein Haus, zünd' andere an! Sie finden es empörend, wenn ihre eigene Steuerdrückebergerei durch „ungerechte Berechnung" gestört wird. Die Arbeiter aber mögen zahlen. Bereitwilligst stehen sie als „Arbeitgeber" zur Verfügung, die Steuerbeträge der Arbeiter direkt an die Behörde zu zahlen.

Die Gerüchte über die Besetzung Frankfurts

Wie vom Oberbürgermeisteramt der Stadt Frankfurt mitgeteilt wird, liegen positive Beweise für die Absicht der Franzosen, Frankfurt zu besetzen, bis zur Stunde nicht vor. Allerdings sind in unmittelbarer Nähe des Frankfurter Stadtgebietes starke Truppenverschiebungen und -konzentrationen feststellbar. Mehr kann im Augenblick — Sonnabend mittag — über die französischen Absichten nicht ermittelt werden.

Die Horthybanden stehlen weiter

Erregung in Wien

Mehrere Blätter melden aus Wiener-Neustadt, daß gestern abend bei der Leithabrücke ein von einem ungarischen Fliegerofficier gelenktes mit schweren Kisten beladenes Lastautomobil von der Gendarmerie angehalten wurde. Das Automobil wurde nach Wiener-Neustadt gebracht und der Polizei übergeben. In den Kisten soll sich Flieger- und Artilleriematerial befinden. Die Erregung der Bevölkerung ist durch diesen Fall im Zusammenhang mit dem Vorfall in Prellenkirchen noch gesteigert. Der „Arbeiterzeitung" zufolge fand abends eine große Versammlung in Wiener-Neustadt statt, in der die Bewaffnung der Arbeiterschaft gefordert wurde. Die Garnison hat verschärften Dienst.

Giolitti und Lloyd George

Rom, 21. August.

Die Zusammenkunft zwischen Giolitti und Lloyd George in Luzern wird erst morgen stattfinden. Die Besprechungen werden am Montag fortgesetzt werden. Am Dienstag abend wird Giolitti wieder in Rom sein, um einem Ministerrat noch am gleichen Abend das Ergebnis dieser Luzerner Besprechungen vorzulegen.

BILLIG

Hemdentuch kräftige Qualität, für Leibwäsche .... Meter **12.50**

Louisianatuch für Bettwäsche .... Meter **16.90**

Kreton bedruckt, für Kleider oder Schürzen .... Meter **12.50**

Musselin Baumwolle, schöne Tupfen-Muster .... Meter **14.75**

Batist etwa 120 cm breit, weiss .... Meter **19.75**

Damenstrümpfe lang, halbdurchbrochen, schwarz, lederfarbig, weiß .. **7.95**

Damenstrümpfe lang, schwarz, Fuß ohne Naht, Ferse und Spitze verstärkt **8.95**

Damenstrümpfe lang, Fuß ohne Naht, Ferse und Spitze verstärkt, schwarz oder lederfarbig **10.95**

Damenstrümpfe Prima Seidenflor, schwarz, lang, mit breitem Doppelrand, Doppelsohle und Ferse **19.75**

Damenstrümpfe Prima Flor, mit breitem Doppelrand, Doppelsohle und Ferse, schwarz, lederfarbig oder grau **19.75**

Voll-Voile etwa 110 cm breit, weiß .... Meter **29.50**

Herren-Hosen maccofarbig, 5 Größen **34.50**

Herren-Hemden maccofarbig, 5 Größen **49.75**

Oberhemden Trikot für Herren, mit hell gemusterten Einsätzen, in 5 Größen, besonders gute Qualität **59.75**

Kleiderröcke aus soliden Herbststoffen, modern verarbeitet **45.00**

Filz-Hut für Damen, Gamin in den neuesten Farben 49.50

Kaffee 11.- frisch gebr. ½ Pfund

JANDORF

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Schlupfbeinkleider für Damen verschiedene Farben **19.75**

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Ziegenerliebe** Nchm. 3 U.: Die Fledermaus

Großes Schauspielhaus Karlstraße 7 Uhr: Julius Cäsar. (41. Abteilung, V. Abend)

Deutsches Theater 8 Uhr: Floh im Panzerhaus

Kammerspiele 8 Uhr: Weibsteufel.

Kleines Schauspielhaus Fasanenstr. 1 (Nähe Bhf. Zoo) 7½ Uhr: Büchse der Pandora

Schiller-Theater bis einschließlich Mittwoch 8 Uhr: Rabenvater.

Lessing-Theater Sommerspielzeit Allabendlich 7½ Uhr: **Die Tänzerin** Leopoldine Konstantin, Born, Haase, Herrmann, Sternberg, Herrmann Thimig).

Deutsch. Künstl.-Theater Allabendl. 8 Uhr: **Clubleute** mit Max Adalbert

Trianon-Theater Bahnhof Friedrichstraße) Allabendlich 8 Uhr: Hansi Arnstädt in **Untreu** Komödie von Roberto Bracco. Sonntag nchm. 4 U.: Der Störenfried

Residenz-Theater Stadtbahn Jannowitzbrücke) Untergrundbahn Klosterstraße. **Der große Erfolg** Täglich ½8 Uhr: Die Raschhoffs Sonntag nachm. 4 U.: Der gute Ruf

Direktion Carl Meinhard u. Rud. Bernauer Theater i. d. **Königgrätzer Straße** ½8 Uhr: **Geständnis**

Berliner Theater ½8 Uhr: Der letzte Walzer.

Neues Operettenhaus Direktion Jean Kren 16. bis 22. geschlossen.

Rose-Theater 7½ Uhr: Der Graf von Luxemburg 3 Uhr: Gespenster Gartenbühne Täglich 7½ Uhr: Süße Suse.

Walhalla-Theater 7½ Uhr: **Die Internationale.**

Kammer-Tanzspiele Bülowstr. 6, am Nollendorfplatz Tägl. 8 Uhr: Orientalisches Ballett Kiki Klami Bey.

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. Allabdl. 7½ Uhr: **Familie.**

½8 **Casino-Theater** ½8 Der neue Schlager **Knorp's sel. Witwe.** Sig. 3½ U.: Gebrüder Zorn.

Apollo-Theater Friedrichstr. 218 7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½ **Unübertreffliches Varieté-Programm!**

Berliner Prater Kastanien-Allee 7–9 12 Varieté-Sensationen 12 In der Tanz-Diele **Großer Ball** Anfang ½8 Uhr

Theater a. Kottbus. Tor Tel. Moritzplatz 14814. Täglich 7½ Uhr: **Elite-Sänger** Blüthgen-Konzert Vorvk. 11–1½, u. 4–6.

NEUE WELT Arnold Scholz Hasenheide 108/114 Täglich Konzert u. Varieté-Vorstellung (12 erstklassige Nummern) Vollständig neues Programm Jeden Donnerstag: Elite-Tag u. Feuerwerk Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Sonntags im Riesenfestsaal: Großer Ball Anfang 8 Uhr Sonntag 4 Uhr

Cirkus Busch Gebäude Täglich 7½ Uhr: Gr. Spezialitäten-Vorstellung **! Perlas !**

Friedrich-Wilhelmstädt. Vaudevilleneuve **VARIETE-GARTEN** Chausseestraße 30 Gadtstraße 16 **Das große Elite-Varieté-Programm** Jeden Mittwoch **FEUERWERK** Jeden Donnerstag

Kammer-Tanzspiele

Bülowstraße 6 Am Nollendorfplatz

Telephon: Lützow 2305

Täglich 7½ Uhr: **Orientalisches Ballett und Schönheitstänze**

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimente-, Strafsachen, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach-Alexanderstr. 45. Unauffällig (geg. Tietz) 6–7. Gute Erfolge. Beobacht. Ehe- nach Juristen. Sonntag 10–12 Vertrauenssachen.

Flechten Kuren ohne Einspritzungen, ohne Quecksilber, ohne Salvarsan beseitigen nach neuem Verfahren, schmerzlos und ohne Berufsstörung, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, Weißfluß, Blasen-, Nierenleiden etc., wo alles andere versagte!

Natura-Institut Spezialärztl. Leitung für naturgemäße Heilweise Berlin, Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor). Sprechstunden 10–1, 4–8, Sonntags 11–1. Damenzimmer separat.

Verlangen Sie Dr. med. Ludwigs Broschüre über giftfreie Behdlg. d. Syphilis u. Folgeerscheinungen für 2,60 Mk. in verschl. Umschl. vom Verlag F. Kämpfer, Berlin S. F., Planufer 24a

Spezial-Arzt Dr. Ghotte für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Ehe komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kur-Institut „Löser" geöffnet v. 9–1, 4–8. Sonnt. 9–1. **Dir.: Löser senior** **Nur Rosenthaler Str. 69-70** Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden bei Männer u. Frauen, Blutuntersuchungen, nerv. Schwäche. Behandlg. schnell, sicher, mögl. ohne Berufsstör. Auskunft kostenlos. **Kühn, Andreasstr. 75,** I. Et., Ecke Breslauer Str. (dicht a. Schl. Bhf.) Sprechz. 10–12, 5–7½. Sonnt. geschlossen.

Spezial-Behandlung f. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutuntersuchung, Salvars.-Kur., Bestrahl. Spezial-Aerztl. gel. Heilanstalt **„Löser", Münzstr. 9** nahe Alexander-Platz. 9–1, 4–8, Sonnt. 10–12. Damenzimmer sep.

Phorosan-Heilinstitut für Haut- und Geschlechtskranke

Lessingstraße 39. Sprechst. 8–½8 | außer Dienstag,
Großbeerenstr. 67. Sprechst. 11–5 | Sonntag 10–12.

Gonorrhoe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphilisheilung. Streng wissenschaftlich. Spez.-ärztl. Leitung. Sep. Zimmer. Kurdauer siehe Broschüre „Die Gonorrhoe und ihre Zwillingsbrüder". M. 3.–. Prosp. „S" gegen Porto.

Dr. med. Hollaender Berlin W 8 Leipziger Str. 108 Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden **Harn- u. Blutuntersuchungen** Sprechstunden: 11–1 vorm., 5–7 nachm., Sonntags 11–1 Aufklärende Broschüre Nr. 14. Mk. 2.50 (Nachnahme)

Achtung Zahnleidende! Lassen Sie sich nicht irreführen durch **schreiende Reklame.** Reelle gute Bedienung finden Sie in der **Zahnpraxis Humboldt** Bernauer Str. 40-41, Ecke Swinemünder Str.

Spezialarzt Dr. med. Roeben für Syphilis, Harn-, Frauenleid., Schwäche, Beinkranke, Beh. schnell, sicher und schmerzlos, ohne Berufsstör. Blut- und Harn-Untersuch. (Fäden im Harn.) **Friedrichstr. 81,** gegenüber Passage. **Königstr. 56-57,** gegenüber Rathaus. Sprechst. 10–1, 4–8, Sonnt. 10–1. Teilzahl. Separ. Damenzim.

Krampfadern, offene Beine, Beingeschwüre usw. aller Art, auch ganz veraltete Leiden, namentlich juckende, nässende u. sehr entzündliche Ekzeme heilt sof. die kühlende **„Tribosan-Heilsalbe"** D.R.P. angem., gesl. gesch. Erprobt an Universitätskliniken. Alleinige Herstellung u. Versand Dr. Strauß & Co. Berlin W 15 Uhlandstr. 146 ab. Preis d. Orig.-Dose M. 12.– geg. Voreinsendg. franko, Nachn. M. 1.– mehr. Narbenlose, schnellste Verheilung! Größte Erleichterung schon b. erstmalig. Verwendung! Prospekt kostenfrei.

Fahrradankauf Krause, Gr. Frankfurter Str. 67.

Briefmarken, Münzen kauft Grossmann, Johannisstr. 4 Norden 10621.

Kapitän-Kautabak wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen C. Nöcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Kgst. 3861.

Täglich frische **Seefische u. Räucherwaren** Geestemünder Fischhalle Steglitz Albrechtstr. 131, Ecke Düppelstr.

437er **ZAHN-STATION** Berlin, [illegible] Straße 6 350er

Soeben erschienen im Internationalen Verlag Zürich:
H. Bergmann, J. Smilga, L. Trotzki

Die russische sozialistische Rote Armee.

Aus dem Inhalt: Der Zerfall der imperialistischen Armee. Die Rote Garde. Worin besteht die Macht der Roten Armee. Die Roten Kommandoführer. Die Rote Armee – eine Klassenarmee des Proletariats. Die Internationale Rote Armee. Die früheren Offiziere. Das Prinzip der Wählbarkeit. Die militärischen Räte. Die politische Arbeit und die Kommunisten.

64 Seiten. Preis Mk. 3.50.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der K. P. D., Neukölln, Warthestr. 69, durch die Arbeiterbuchhandlung Berlin, Annenstr. 1, sowie durch alle Buchhandlungen.

In Kürze erscheint, herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale,

G. SINOWJEW

Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

40 Seiten Preis 2 Mk.

Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung der KPD., Neukölln, Warthestr. 69, Arbeiterbuchhandlung Berlin, Annenstr. 1, Buchhandlung A. Seehof u. Co., Berlin, Augustestr. 69, sowie an alle Buchhandlungen

Fahrradgummi wieder billiger!

Neue Laufmäntel, 28×1½, **65–70.–, 75.–, 80.– M.**

Gebirgsreifen **90.– M.,**

die besten und teuersten, extra prima, ganz gleich welches Fabrikat, statt 130,– nur **100.– M.**

Luftschläuche, prima, **25.– M., Transportschläuche,** prima, **35.– M., Motorradschläuche,** prima, **70.– M., Transportdecken 130.– M.,** Posten Motorraddecken 100.– bis 150.– M., reguläre **Motorraddecken,** 26×2½, **375.– M.** Posten Autoreifen, große Dimensionen, 150.– bis 20.– M.

Neue Herren- und Damenfahrräder 650 M.
mit prima Gummibereifung, Glocke und Laterne

Großer Posten gebrauchter Fahrräder mit neuer Gummibereifung **300.– bis 600.– M.** Großer Posten Transporträder. Neues Wanderer- u. N.S.U. Motorrad 4 PS. II Gummi, Stück 13 000.– M. **Gepäckhalter 10 25 M. Fußpumpen 10 M. Ketten 15 M.** Gespannte **Räder 25 50 M. Torpedo-Räder 100 M.** Prima **Ledersättel 35–50 M. Satteldecken 5 M. Ölkannen 1 M. Kurbelkeile 0,75 M.** Freilaufzahnkränze 20.– M. Lenkstangen 15.– M. usw. **Lederjamaschen** Paar **15 M. Rollschuhe 35–55 M.**

Größte Auswahl in Automobilen und Bootsmotoren, Achsen, Getrieben, Kühlern usw.

25000 Karbidtischlampen (Gelegenheitskauf) von **3.– M.** an.

ERNST MACHNOW, Weinmeisterstr. 14. Größtes Fahrradhaus Berlins.

Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer.

Enorm billiges Angebot in

Damen- u. Herrenhüten

nur solange der Vorrat reicht:

Damenhüte	
Cornets, in allen Farben	35.–, 45.–, 59.–, **49.–**
Velourolhüte, prima Qualität u. alle Farben 148., 130.–, 98.–,	**58.–**
Prima Velourhüte	148.–, 175.–, **98.–**
Gestickte Velourolhüte, in allen hellen Farben 169.–, 120.–,	**90.–**

Herrenhüte	
Serie I echtes Leder in verschiedenen Farben	**59.–**
Serie II echtes Leder in verschiedenen Farben	**49.–**
Serie III imit. Leder in verschiedenen Farben	**47.–**
Serie IV imit. Leder in verschiedenen Farben	**39.–**
Konfirmandenhüte, schwarz	**35.–**

Eigene Umpresserei im Hause — *Damenhut-Fabrik* — **Eigene Umpresserei im Hause**

Titus König

NEUKÖLLN, Bergstraße 10

Ein Abkommen mit den Bergarbeitern

Die Ueberschichten bewilligt

Ueber die Verhandlungen wegen eines Abkommens über die Mehrproduktion im Bergbau, über die gestern noch „Stillschweigen“ bewahrt wurde, meldet eine Privatnachricht des „Berliner Tageblattes“ heute folgendes:

„Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmerverbänden im Ruhrbergbau ist nach dreitägigen Verhandlungen folgendes Abkommen getroffen worden: 1. Die Werkbesitzer haben sich bereit erklärt, die vom Reich bis Ende Juli dieses Jahres bewilligte Zulage von 4,50 Mark pro Schicht für den Monat August zu übernehmen. 2. **Das Ueberschichtenabkommen vom 8. März 1920 wird auf allen Zechen in vollem Umfang wieder durchgeführt.** 3. Als Ueberschichten der Belegschaften im Sinne des Abkommens gilt nur eine solche, an der sich mindestens 75 Prozent der Produktions- und betriebsmäßigen Arbeiter beteiligen. 4. Für die Zuweisung von verbilligten Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen **wird im Falle der allgemeinen Durchführung des Abkommens** die Reichsregierung entsprechend ihrer Erklärung Sorge tragen. 5. Für die Nebenschichten der Tagesarbeiter, die über die laufende Zahl der Arbeitstage hinaus an Werktagen nach Maßgabe der Bestimmung des Paragraphen drei des Tarifvertrages verfahren werden, werden für die Dauer der Durchführung des Abkommens auf der einzelnen Zeche bis zu vier Ueberschichten im Monat anstatt mit 25 mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt, jedoch werden nicht mehr Ueberschichten mit dem erhöhten Zuschlag von 50 Prozent bezahlt, als von der Belegschaft auf Grund des Abkommens ganze Ueberschichten verfahren werden. 6. Für die Schichten, die an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von den Tagesarbeitern über die laufende Zahl der monatlichen Arbeitsschichten hinaus verfahren werden, erfolgt für die Dauer der Durchführung des Abkommens auf der einzelnen Zeche eine Zuweisung von verbilligten Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen in dem gleichen Umfange, wie diese sonst nur die Arbeitnehmer erhalten, die auf Grund des Abkommens Ueberschichten verfahren. 7. Die Ziffern 5 und 6 gelten sinngemäß für die technischen Angestellten der Tagesbetriebe. 8. Es besteht Uebereinstimmung, daß bis Ende August dieses Jahres weitere Verhandlungen über eine **anderweitige Regelung der Ueberarbeit im Anschluß an die tägliche Schicht stattfinden soll.**

Als die Verhandlungen in Spaa zu Ende waren, und die Diskussion über das Kohlenabkommen begann, tadelten wir die schwächliche Haltung der Bergarbeiterorganisationen, die unbedenklich ihre Bereitwilligkeit zur Aufrechterhaltung des Ueberschichtenunwesens bekundeten, anstatt — wie wir es forderten — den Eintritt in Verhandlungen über Mehrleistungen der Bergarbeiter abhängig zu machen von sofort zu ergreifenden bindenden Maßnahmen der Regierung zur Anbahnung einer planmäßigen sozialisierten Kohlenwirtschaft. Die Bergarbeiterorganisationen haben diesen Augenblick, der der Durchsetzung der Sozialisierung günstig gewesen wäre, verpaßt.

Nachdem sie durch ihre schwächliche Haltung jedes Pressionsmittel auf Unternehmertum und Staatsgewalt aus der Hand gegeben haben, machen Unternehmer und Regierung umgekehrt ihr Uebergewicht in um so stärkerem Maße geltend. Sie bedienen sich als stärkstes Pressionsmittel der Androhung des Hungers für die Bergarbeiter, um die Mehrleistung in Gestalt von Ueberschichten zu erzwingen. Sie machen die Bereitstellung von billigen Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen abhängig von der Durchführung der Ueberschichten, wie aus Punkt 4 des Abkommens zu erkennen ist. Als Ueberschichten aber durch die das Recht auf den Bezug billiger Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände erworben wird, gelten nur solche, an denen sich mindestens 75 Prozent der Belegschaft beteiligen. Das hat den Zweck, den Teil der Belegschaft, der sich durch Schmalz und alte Hosen für das Verfahren von Ueberschichten einfangen läßt, zu einer Einwirkung auf den übrigen Teil der Belegschaft zu veranlassen.

Nach den Erfahrungen, die die übrige Arbeiterschaft mit den Bergarbeitern bisher gemacht hat, wagen wir nichts über ihre zukünftige Haltung zu prophezeien. Wie dieses Abkommen wirken wird, ist nicht vorauszubestimmen. Sicher erscheint uns aber, daß dieser im Punkt 3 enthaltene Antrieb zur gegenseitigen Aufpeitschung der Arbeiter Zwistigkeiten in den Belegschaften hervorrufen muß, die für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich gefährlich sind und auf die eine gewerkschaftliche Organisation deswegen auf keinen Fall hätte eingehen dürfen. Und ob derartige Zwistigkeiten förderlich für die Hebung der Produktion sein werden, dürfen wir wohl ebenfalls in Zweifel ziehen.

Außerordentlich verdächtig ist fernerhin der Punkt 8 des Abkommens, nach dem eine anderweitige Regelung der Ueberarbeit „im Anschluß an die tägliche Schicht“ stattfinden soll. In deutscher Sprache ausgedrückt, ist das die Ankündigung einer offenen Arbeitszeitverlängerung.

Sehr tröstlich sind diese Aussichten für die Bergarbeiter nicht. Verzuckert soll die Pille werden durch eine Erklärung des Staatssekretärs Hirsch, über die dem „Vorwärts“ berichtet wird. Danach hat Dr. Hirsch bei den Verhandlungen gesagt, daß es bei den am 5. August im Reichstag abgegebenen Erklärungen bliebe, wonach die Kohlenwirtschaft nach „gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten“ betrieben werden solle, wobei den Bergarbeitern die Rolle von „mitverantwortlichen Trägern“ zufällt. Das sieht aus wie eine „Sozialisierung“ im Sinne des Betriebsrätegesetzes. Auch dort wird die Arbeiterschaft durch ihre Betriebsvertreter zu mitverantwortlichen Trägern — der Betriebsdisziplin nämlich — gemacht. Und was sind „gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte“? Unser Mißtrauen wird nicht gemäßigt durch die weitere Mitteilung des Staatssekretärs, daß die Sozialisierungskommission in den nächsten Tagen bestimmte Vorschläge machen werde. Sie wird eben Vorschläge machen, gegen die sich die Zechenherren wehren werden, und dann wird die Regierung sich dem Gebot der Kohlengewaltigen beugen und die Vorschläge der Sozialisierungskommission werden unausgeführt bleiben, denn nun sind die Bergarbeiterorganisationen ja bereits durch ein Abkommen gebunden und zur Raison gebracht.

Immerhin wollen wir auch diese Sozialisierung noch geduldig abwarten, bevor wir unser abschließendes Urteil über diesen glänzend gelungenen Bauernfang der Regierung und diesen großartigen Hineinfall der Bergarbeiter bilden wollen.

Betriebsräte

Betriebsräte, Augen auf!

Die in den letzten Tagen durch die Aushebung des Spitzelnestes in Magdeburg viel genannte Spitzelorganisation „Deutsche Wirtschaftshilfe Berlin, Oranienburger Straße“ streckt ihre Fühler auch in die Betriebe hinein. Wir haben in den letzten Tagen feststellen können, daß in die Betriebe Fragebogen versandt werden, um die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu ermitteln und um die Namen der Betriebsratsvorsitzenden und der Gewerkschaftsfunktionäre festzustellen. Wir können nach den Erfahrungen mit dieser Organisation wohl annehmen, daß dort namentliche Listen angefertigt und an Hand dieser Instruktionen gegeben werden, im Falle eines Rechtsputsches zunächst die Betriebsratsvorsitzenden und Gewerkschaftsfunktionäre unschädlich bezw. ihnen die Abhaltung von Betriebsversammlungen und dergl. unmöglich zu machen.

Betriebsräte, achtet scharf darauf, ob solche Fragebogen eingehen und sucht zu ermitteln, welche Antworten darauf seitens der Unternehmer gegeben werden. Der Selbsterhaltungstrieb gebietet größte Wachsamkeit!

Betriebsrätekurse der Afa

Die neuen Betriebsrätekurse der Afa beginnen Anfang September 1920. Sie werden in dem nur für diesen Zweck gemieteten Saal im Gesellschaftshaus am Hackeschen Markt (Jugendsäle), Rosenthaler Straße 36, abgehalten. Wiederum haben namhafte Volkswirtschaftler freundlicherweise sich uns zur Verfügung gestellt. Es werden sprechen:

Georg Bernhard über „Aktienwesen und kapitalistische Entwicklung“ Montag, den 6., 13., 20., 27. September und 4. Oktober, abends 8 Uhr.

Julius Kaliski über „Organisation der Wirtschaft“, Dienstag, den 7., 14., 21., 28. September und 5. Oktober, abends 7 Uhr.

A. Th. Müller-Neuhaus über „Industrielle Betriebslehre“ Mittwoch, den 8., 15., 22., 29. September und 6. Oktober, abends 7 Uhr.

Fritz Naphtali über „Bilanz“ Donnerstag, den 9., 16., 23., 30. September und 7. Oktober, abends 7 Uhr.

Dr. Rudolf Hilferding über „Weltwirtschaft“ Freitag, den 10., 17., 24. September und 1. und 8. Oktober, abends 8¼ Uhr.

Dr. Georg Flatow über „Betriebsrätegesetz und die damit verbundenen Gesetze“ Freitag, den 3., 10., 17., 24. September und 1. Oktober, abends 7 Uhr.

Die Hörgebühr für jeden sich über fünf Abende erstreckenden Kursus beträgt wieder 5 M., so daß für den Gesamtbetrag von 30 M. jedes Mitglied einer Betriebsvertretung an allen 30 Abenden teilnehmen kann.

Die Hörerkarten für die Betriebsrätekurse können täglich im Afa-Ortskartell, Belle-Alliance-Straße 7/10 III, während der Geschäftszeit von 10 bis 2 Uhr, Sonnabend von 10 bis 1 Uhr, außerdem Montag und Freitag, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, abgeholt werden. Zu Beginn einer jeden Kursusreihe ist ferner Gelegenheit gegeben, eine Stunde vor der Vorlesung im Gesellschaftshaus, am Hackeschen Markt, Hörerkarten zu lösen.

Da ein starker Andrang zu erwarten ist und nur eine beschränkte Anzahl Hörer zu jedem Kursus zugelassen werden können, empfiehlt es sich jedoch, beizeiten Hörerkarten zu lösen.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Ortskartell Groß-Berlin.
Liebeskind. Reinsberg.

Der Demobilmachungskommissar als Schrittmacher der Unternehmer

Während die meisten Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, sofern sie zugunsten der Angestellten auslaufen, vom Demobilmachungskommissar nicht für verbindlich erklärt werden, scheint derselbe in solchen Fällen, wo ein Schiedsspruch zugunsten der Arbeitgeber ausläuft, eine solche Engherzigkeit nicht anzuwenden. In dem Streitfall einer Verkäuferin gegen die Firma J. Goldmann entschied der Schlichtungsausschuß, daß die Kündigung dieser Angestellten zu Recht erfolgt ist. Gegen den Schiedsspruch wurde Einspruch beim Demobilmachungskommissar erhoben. Trotz des Einspruchs wurde der Schiedsspruch, der zugunsten des Arbeitgebers lautete, für verbindlich erklärt. In der Begründung wird ausgeführt:

„Eine Verkürzung der Arbeitszeit für die beiden kaufmännischen Angestellten der Antraggegnerin war nicht möglich, da die Antragstellerin nicht sämtliche vorkommenden Arbeiten erledigen konnte.“

Mit dieser Begründung dürfte der § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 in seiner praktischen Wirksamkeit zum Schaden der Angestellten und Arbeiter aufgehoben werden. Nur in sehr seltenen Fällen wird ein Angestellter sämtliche in einem Betriebe vorkommenden Arbeiten erledigen können.

Mit dieser Entscheidung wird die Unparteilichkeit des Demobilmachungskommissars in einem neuen Fall wieder ins „rechte“ Licht gesetzt. Dürfen wir die Frage aufwerfen, wie lange der Herr Demobilmachungskommissar seine sonderbare Gesetzesauffassung auf diesem Posten betätigen kann?

Kongreß der Betriebsräte. Das Wahlreglement mit den Tabellen für die Delegiertenwahlen ist erschienen. Wir werden es in einer der nächsten Nummern zum Abdruck bringen.

Obleute und Arbeiterräte der dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betriebe. Durch Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller sind die Streitfragen bezüglich der Arbeitsordnung erledigt. Der Wortlaut der Arbeitsordnung wird in der Beilage der nächsten Nummer der Metallarbeiterzeitung veröffentlicht werden.

Gewerkschaftliches

Die Reichskonferenz der Opposition des Zentralverbandes der Angestellten

Zum Aufruf der Opposition des Zentralverbandes sendet uns der Zentralverband der Angestellten eine Erklärung, in der die entscheidenden Sätze lauten: „Durch verschiedene Zeitungen ging unter der Ueberschrift „Reichskonferenz des Zentralverbandes der Angestellten“ eine Nachricht, die infolge ihres Titels durchaus irreführend ist. Es handelt sich bei der dort propagierten Konferenz nicht um eine Reichskonferenz des Zentralverbandes, sondern um eine Konferenz, die fünf Privatpersonen einberufen, von denen drei nicht einmal Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten sind“

Zur Abwehr

In der „Roten Fahne“ erschien am 18. d. M. ein Artikel unter der Ueberschrift: „Wo bleibt die Solidarität?“, worin der Verfasser dem Betriebsrat der A. E. G. Hennigsdorf den Vorwurf macht, den seinerzeit gemaßregelten Kollegen gegenüber, die jetzt noch arbeitslos seien, nicht mit der nötigen Solidarität geholfen zu haben. Der Betriebsrat sendet nun uns sowohl wie der „Roten Fahne“ ein gleichlautendes Rechtfertigungsschreiben, dem wir nachstehendes entnehmen: Der Betriebsrat weist darauf hin, daß sich die Machtverhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zuungunsten der ersteren verschoben haben, daß es ihm aber trotzdem gelungen ist, von 400 Gemaßregelten bis auf 10—12 alle wieder im Betrieb unterzubringen. Für die Gemaßregelten sei auch unter den Kollegen im Betriebe stets gesammelt worden. Erst am 30. Juli d. J. hat der Betriebsrat noch an den Vertreter der Gemaßregelten ein Schreiben gerichtet, worin er diesen auffordert, die Adresse der letzteren anzugeben, damit diesen direkt Unterstützungen zugewiesen werden könnten. Auf dieses Schreiben ist aber keine Antwort erfolgt. In einer Funktionärversammlung wurde am 6. August dann der Beschluß gefaßt, weitere Sammlungen im Betriebe einzustellen. Die nachfolgende Betriebsver-

---

Die schwere Stunde

Roman

von

Victor Panin

41]

Er beugt sich nah zu mir und senkt plötzlich die Stimme bis zum Flüstertone, als fürchte er, belauscht zu werden:

„Um das Gefängnis richtig und lebendig beschreiben zu können, muß man lange darin gesessen haben. Und, wissen Sie, ich werde es Ihnen im Geheimen sagen, im Gefängnis werden die Leute alle ein wenig wahnsinnig und, um das Gefängnis richtig zu verstehen und zu beschreiben, muß man ein wenig . . . so . . . Verstehen Sie mich? . . . Ha—ha—ha. Und wissen Sie, wieviel ich während dieser zweiundzwanzig Jahre im Gefängnis gedacht habe? Mein Denken war ja durch ein Gitter abgeschlossen, ich dachte aber trotz der Eisengitter, dachte und dachte . . . Mit meinem mächtigen Gedanken habe ich das ganze Leben, die ganze Welt umgekehrt . . . Und in dieser Welt wird es weder Gefängnis noch Fesseln und Zwangsarbeiten geben . . . Aber das ist weit, weit in der Ferne . . . dieses Leben wird dann eintreten, wenn die Sonne Millionen Male auf- und niedergegangen sein wird . . . Wenn ich zuweilen auf den Knien inbrünstig bete, dann sehe ich, nach Jahrhunderten, diese neue Aera der menschlichen Freiheit, wo es weder Gefängnis, noch eine einzige Fessel geben wird . . . Jetzt aber, ich sage es Ihnen im Geheimen, gibt es ja noch viele böse Menschen, die wollen, daß Gefängnisse, Fesseln und Gitter immer weiter bestehen, verstehen Sie, sie wollen, daß ewig . . . Diese, sehen Sie, müssen — sie sind doch die Feinde der Menschheit, oder werden Sie nein sagen? sie wollen ja den Gedanken der Freiheit, der geboren werden muß, töten! —, diese, sehen Sie, müssen eben in Gefängnisse gesperrt, in Ketten gefesselt werden, gehängt, erschossen werden, auf daß die lichte Zukunft der Menschheit gereitet werde! — — — Meinen Sie, ich habe Unrecht? Kann der Priester vor dem Opferaltar seines Gottes innehalten? Kann der Kämpfer vor Strömen von Blut zurückschrecken, wenn es für den Triumph seiner Idee notwendig ist? Wenn Ihre Junker hier zugrunde gehen, was hat das zu bedeuten? Sind wir denn nicht jahrzehnte-, jahrhundertelang in den Gefängnissen des Zaren zugrunde gegangen? Und dieses geschieht alles im Namen einer großen Idee, im Namen eines neuen Morgenrots, das aufgehen muß . . . Und glauben Sie nicht, daß dann das Glück auf Erden sich einbürgern wird?“

Er schweigt. Ich sehe, wie vor Anstrengung ihm der Schaum auf die abgemagerten Lippen getreten ist und seine Augen glänzen, von Wahnsinn erfüllt. Eine undurchdringliche Finsternis und Wehmut umhüllen meine Seele.

„Sie sind Schriftsteller, Sie müssen es verstehen, deshalb spreche ich mit Ihnen so offen. Es scheint mir zuweilen, als sei ich nach Spanien versetzt und als wohne ich dem Rate der Inquisition bei. Der Seelenzustand der Inquisitoren ist mir so verständlich; es geschah nicht aus Grausamkeit, daß sie Hunderte von Ketzern ins Feuer und auf die Folter schickten, sondern es war ein erhabener Glaube und eine Festigkeit der Seele, die vom Triumphe des Glaubens träumte. Mag auch Berauschung an der eigenen Macht dabei sein, mag es stimmen, daß die einmal verübte Grausamkeit den Menschen hinreißt, sie immer wieder zu wiederholen, — das ist auch eine Art von Rausch. Aber man muß doch die berauschte Seele verstehen, oder glauben Sie gar, diese Menschen seien schon so geboren? Anfangs, als man mich so ins Gefängnis warf, da kroch ich kraftlos und elend am Boden herum, ich küßte die Türe, ich flehte den Himmel um ein Wunder an, das mir meine Freiheit wiedergeben könnte . . . Und wenn damals ein Wunder geschehen wäre, so würde ich mit liebeerfülltem Herzen ins Leben zurückgekehrt und den Menschen bis zum Grabe dankbar für ihre Gnade gewesen sein . . . Aber, verstehen Sie, . . . es geschah kein Wunder. Der Riegel meiner Tür blieb fest verschlossen, und als ich meine Tränen ausgeweint hatte, begann ich das Leben und die Menschen, die Foltern, Fesseln, Gefängnisse geschaffen hatten, zu verfluchen . . . Und ich schwur bittere, schonungslose Rache! Ich kenne aber keine Leiden, die schwerer sein könnten, als diejenigen, welche ich ertragen habe. Sollen sie jetzt dasselbe ertragen, da sie gegen die Freiheit kämpften, so sollen auch sie in Gefängnissen sitzen, Fesseln tragen, so sollen auch sie auf das Schafott steigen, auf daß mit ihrem Todesseufzer alle Greueltaten der Menschheit ein Ende haben . . . . .“

Besonders eilig verließ ich die Kanzlei des Gefängnisses. War es die Luft, die mich ersticken machte, oder die wahnsinnigen Reden, die meine wunde Seele von neuem marterten, waren es schließlich die von Wahnsinn erfüllten, ewig sich bewegenden Augen, die einen besonders mystischen Schrecken in der Seele erweckten, — ich weiß es nicht.

Aber als ich auf die Straße hinaustrat, erfrischte die frostige Luft meine erregt umherschwirrenden Gedanken, — ich ging langsamer, die Füße kaum nachschleppend und dachte über die eben erlebte Szene nach.

„Welch fürchterliche, grausame Ironie des Schicksals“, dachte ich, „zweiundzwanzig Jahre lang erstickte er in seinen vier Wänden, eingeschlossen, raste wie ein Tier in seinem Käfig hin und her, träumte von Freiheit, ersehnte sie aus ganzer Seele und . . . konnte nichts anderes ausdenken, als ein Programm, als einen festen Rahmen für das ewigfließende Leben! Der Wahnsinnige, in diesen Rahmen will er den uferlosen Strom des menschlichen Lebens hineinpferchen, ihn dem anpassen! Dieser Rahmen gleicht aber eine Zelle hinter dem Gefängnisgitter!“

Er, ein lebender, fühlender, vielleicht guter Mensch, ist geplagt, mit Gefängnisfolter gequält worden, er ist bis zum Wahnsinn geführt worden, und nun kann er in seinem tragischen Wahnsinn des Märtyrers, des Fanatikers, für seine Feinde kein besseres Schicksal ersinnen, als dasjenige, welches sein Leben verunstaltet, jeglichen Glauben in seiner Seele getötet, die Liebe in seinem Herzen ausgedörrt hat . . . Und es werden andere kommen, um ihn zu Tode zu quälen . . . und so ewig . . . Auge um Auge . . . Haß gegen Haß . . .

Der gefrorene Schnee knistert unter meinen Füßen, in der Ferne bellt kurz ein Hund. Die von weither erklingenden Laute eines wehmütigen Liedes schläfern in meiner Brust meine verlockenden Hoffnungen ein und von trostloser Trauer erfüllt, flüstere ich andächtig:

„Mein Gott, kann denn wirklich keine große Seele zur Welt kommen, die von grenzenloser, allverzeihender Liebe erfüllt wäre? — Eine Seele, welche die Türen der Gefängnisse öffnen, die schmachvollen, menschlichen Ketten zerschlagen wird, welche die schwarzen Schafotte und die purpurfarbenen Henkertuniken verbrennen wird, diese wahnsinnigen Embleme des menschlichen Blutes, das jahrhundertelang das gemarterte Erdenantlitz überströmt hat. Sollte wirklich nicht jener kommen, der als erster die Hand der Versöhnung dem Feinde entgegenstrecken und ihm sagen würde:

„Bruder, meine Brust ist voll Liebe, komm näher, laß das Echo deines Herzens vernehmen und von nun an soll der freie Mensch-Gott auf dem Antlitz der befreiten Erde wandeln, ohne Kampf, sein strahlendes Glück verwirklichend; möge sein von Liebe getragener Geist mit mächtigen Flügelschlägen sich immer höher und höher erheben, bis er die Himmelsregionen erreicht“ . . .

(Fortsetzung folgt.)

sammlung hat dann aber beschlossen, im Sinne der von der Delegiertenversammlung des Metallarbeiterverbandes aufgestellten fünf Punkte zu handeln, um damit auch für die Arbeitslosen etwas zu tun.

Nach diesen Ausführungen ist der in der „Roten Fahne" erhobene Vorwurf der Unsolidarität unbegründet und mutet um so seltsamer an, als die Hennigsdorfer Arbeiterschaft seit 1½ Jahren für die Opfer der revolutionären Kämpfe geradezu nachahmenswertes geleistet hat. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterbewegung, wenn durch Hinaustragung unwahrer Behauptungen ein Zwiespalt in die Reihen der Arbeiterschaft getragen wird.

Hungerlöhne in der Abzahlungsbranche

Vom Zentralverband der Angestellten erfahren wir:

Auf Grund der im Dezember getroffenen Gehaltsvereinbarungen werden in der Abzahlungsbranche heut noch Grundgehälter von 225 M. bis 650 M. monatlich gezahlt. Es handelt sich zum Teil um verheiratete Leute, die in dieser Zeit tatsächlich nicht mehr wissen, wie sie mit diesen Sätzen auskommen sollen. Durch Schiedsspruch wurde ihnen sowohl die Gleichstellung mit den Möbelhandels-Angestellten und eine 60- und 70prozentige Erhöhung zugebilligt, aber der Herr Demobilmachungskommissar erklärte sich nicht imstande, unter Berücksichtigung „der wirtschaftlichen Notlage der Arbeitgeber" eine zwangsweise höhere Festsetzung der Gehälter zubilligen zu können.

Die Angestellten dieser Branche haben nunmehr den Zentralverband der Angestellten beauftragt, durch Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern Gehaltserhöhungen durchzusetzen. Die Folge dieses Vorgehens war ein vom 2. August 1920 datiertes Schreiben des Verbandes der Berliner Möbel- und Warenkredithäuser, in dem dem Zentralverband der Angestellten Verdrehung der „wahren Tatsachen" und versuchter Betrug vorgeworfen wird, weil er sich erdreistet hat, den gefällten Schiedsspruch bei den einzelnen Arbeitgebern durchzusetzen, nachdem der Demobilmachungskommissar die Verbindlichkeiten abgelehnt hatte.

Eine Reihe von Firmen hat dagegen ihre Bereitwilligkeit zur Verhandlung erklärt. Zu den Firmen, die nicht bereit sind, die gerechten Forderungen ihrer Angestellten zu erfüllen, gehören folgende: M. Anders, Kredithaus, Reinickendorfer Str. 16; A. Damitz, Rosenthaler Str. 46-47; S. Dorn, Weinmeisterstr. 3; Wilhelm Freese, Weinbergsweg 1; S. Gottlieb, Rosenthaler Str. Nr. 54; Julius Krause, Kastanien-Allee 49; Gebrüder Lieber, Andreasstraße; S. Ostrowski, Rosenthaler Str 52; Hans Reinicke, Krausnickstr. 1; R. Stolzmann u. Co., Bell-Alliance-Str. 100; Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58; Max Friedeberg Nachf., Bülowstr. 24; A. J. Grebler, Weinbergsweg 4; M. Landwehr, Müllerstr. 7; S. Lichtenthal, Frankfurter Allee 386; Nikolaus Pindo, Hallescher Markt 1; J. Rubin, Neue Schönhauser Str. 19.

Brunnenbauer und Helfer!

Nach langen Verhandlungen wurde am 25. Juni 1920 folgender Schiedsspruch gefällt: Alle Kollegen erhalten ab 1. Juli eine Teuerungszulage von 50 Pfg. pro Stunde. Die Unternehmer lehnten dieses ab. Es blieb nun weiter nichts übrig, als den Demobilmachungskommissar anzurufen, um die Verbindlichkeitserklärung herbeizuführen. Der Herr setzte abermals einen Termin fest, an dem nochmals über den Schiedsspruch verhandelt wurde. Die Unternehmer versuchten, denselben umzustoßen und die Zulage auf 25 Pfg. herabzusetzen. Wir konnten hierzu unsere Zustimmung nicht geben, denn wenn der Lohn erst einmal herabgesetzt ist, hält es schwer, ihn wieder hoch zu bringen. Es kam dann folgender Vergleich zustande: Alle Kollegen im Brunnenbaugewerbe erhalten ab 1. August eine Teuerungszulage von 50 Pfg. pro Stunde, so daß diese ab 1. August 1 Mark beträgt. Wir bitten deshalb alle Kollegen, wo dieses noch nicht gezahlt wird, uns sofort zu benachrichtigen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. J. A.: Die Sektionsleitung.

Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe. Der Reichstarif für die Bankbeamten ist nunmehr nach langen Verhandlungen vor dem Schiedsgericht zustande gekommen. Beide Parteien haben sich bis zum 31. d. M. darüber zu erklären, ob sie den Tarif annehmen oder nicht. Wie wir erfahren, stehen einer endgültigen Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern jedoch insofern noch einige Schwierigkeiten entgegen, als versehentlich — durch einen Irrtum der unparteiischen Schiedsrichter — in dem Schiedsspruch einige Bestimmungen enthalten bezw. fortgelassen wurden, wodurch sich für die Arbeitnehmer gewisse Verschlechterungen gegenüber früheren Schiedssprüchen ergeben. Die Bankbeamtenorganisationen sind natürlich nicht geneigt, diese Verschlechterungen, denen sie nicht zugestimmt haben und niemals zugestimmt hätten, hinzunehmen. Wahrscheinlich werden die beiden Bankbeamtenorganisationen, der Allgemeine Verband und der Deutsche Bankbeamtenverein, ihren Mitgliedern empfehlen, dem Reichstarifvertrag unter dem Vorbehalt zuzustimmen, daß die in ihm irrtümlich aufgenommenen Benachteiligungen ausgemerzt werden. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung werden die Bankbeamten im Reiche durch Abstimmungen fällen. Die Bankleitungen scheinen sich an den Wortlaut des Schiedsspruches zu halten. Die Stellungnahme des Reichsverbandes der Bankleitungen zu dem zustandegekommenen Reichstarifvertrag ist noch nicht bekannt geworden. Sollten die Arbeitgeber dem Schiedsspruch zustimmen, die Arbeitnehmer aber ihn nur unter dem angedeuteten Vorbehalt annehmen, so würde dem Reichsarbeitsministerium die Aufgabe zufallen, eine Besprechung der Parteien zur Beseitigung der Differenzen herbeizuführen. Für den Fall der Ablehnung seitens einer Partei würde ein vertragsloser Zustand entstehen, da das geltende Provisorium am 31. August abläuft.

Die arbeitslosen Buchdrucker hielten gestern eine Versammlung ab, die sich mit dem steigenden Elend der Arbeitslosen beschäftigte. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Das Verbot sämtlicher Ueberstunden, zumindest jedoch die Beibehaltung der Abgabe der 50 Prozent. 2. Die restlose Auszahlung der für die Arbeitslosen gesammelten Gelder auf Wochenraten verteilt vom 1. September ab und für August eine Mietsbeihilfe. 3. Verlangen die Arbeitslosen die Einberufung einer großen allgemeinen Buchdruckerversammlung, welche sich mit der Produktionseinschränkung zu beschäftigen hat. Die Arbeitslosen brachten weiter zum Ausdruck, daß sie hoffen, Vorstand und Kollegenschaft werden sich etwas mehr als bisher für die Lage der Arbeitslosen einsetzen.

Spandau A.-W.-Nord. Am Montag, den 23., abends 7 Uhr, findet im Lokal Mecklenburg, Ravenestraße 6, eine Versammlung aller in der Artilleriewerkstatt-Nord ehemals beschäftigten Kolleginnen und Kollegen statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Auszahlung der Uebergangsgebühren. 2. Beschlußfassung über die Verwertung der noch vorhandenen Gelder.

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Agitationskommissionen sämtlicher Distrikte, Freitag, den 27. August, abends 7 Uhr, in den Prachtsälen Altberlin, Blumenstraße 10:

Vollversammlung

sämtlicher Kommissionsmitglieder. Nach Möglichkeit Legitimationskarten besorgen. Der Obmann.

Die Aufhebung der Fleischkarte

Schwere Gefährdung der Fleischversorgung Berlins.

Während noch über die anläßlich der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch zu treffenden Maßnahmen beraten wird, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, zumal der Reichstag selbst einer Aufhebung der Zwangswirtschaft nur unter der Voraussetzung zugestimmt hat, daß eine Reserve von 2000 Tonnen Brotgetreide bis zur Aufhebung der Bewirtschaftung vorhanden ist, scheinen die beteiligten Körperschaften zur Selbsthilfe greifen zu wollen, und die Belieferung der Städte eigenmächtig zu unterbinden. Gestern ist auf dem städtischen Viehhof nur ein ganz geringer Bruchteil des sonstigen Auftriebes, nämlich 191 Rinder, eingetroffen, so daß die Fleischversorgung der Berliner Bevölkerung völlig in Frage gestellt ist.

*

Das Groß-Berliner Ladenfleischergewerbe hat an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

„Wie angenommen wird, und wie auch aus verschiedenen behördlichen Auslassungen geschlossen werden kann, dürfte die Aufhebung der Vieh- und Fleischbewirtschaftung in absehbarer Zeit erfolgen. Wenn jetzt verschiedentlich darauf hingewiesen wird, daß in Provinzen, in denen die bestehenden Verordnungen aus eigener Machtvollkommenheit außer Kraft gesetzt wurden, eine Besserung der Ernährung eingetreten sei, so übersieht man wohl dabei, daß es sich hierbei fast nur um Ueberschußgebiete handelt, wo auch gleichzeitig Ausfuhrverbote erlassen wurden. Wir, Vertreter des Groß-Berliner Ladenfleischergewerbes, erblicken in der vollständig freien Wirtschaft für Vieh und Fleisch eine schwere Gefahr für die Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung und außerdem eine nicht zu unterschätzende Gefährdung vieler kleiner Existenzen unseres Gewerbes. Wenn auch einerseits der Schleichhandel dadurch beseitigt würde, so ist andererseits mit Sicherheit anzunehmen, daß in der freien Wirtschaft ohne besondere behördliche Maßnahmen sicher sehr hohe Preise für Fleisch im Kleinhandel bezahlt werden müßten. Wir erinnern noch an die Zustände auf dem Berliner Vieh- und Schlachthof und in der Berliner Engros-Markthalle, die im Frühjahr 1916 ein Eingreifen der Behörden notwendig machten. Läßt man das vollständig freie Spiel der Kräfte zu, so sieht das Groß-Berliner Ladenfleischergewerbe mit schwerer Sorge in die Zukunft, und muß jede Verantwortung für die Entwicklung der Dinge ablehnen."

*

Gemäß Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. August 1920 ist die Reichsfleischstelle mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben worden, und es sollen an ihre Stelle Kundenlisten oder Gemeindefleischkarten treten. In Groß-Berlin bleibt die jetzt ausgegebene Reichsfleischkarte auf Grund besonderer Genehmigung bis zum 29. August 1920 in Kraft. Für die folgende Zeit werden die Kundenlisten beibehalten. Zur Sicherung der Belieferung des Publikums soll eine weitere Kontrolle aber auch vom 30. August 1920 ab ausgeübt werden. Um diese zu ermöglichen, ohne das Publikum mit einer neuen Karte zu belästigen, wird daher bis auf weiteres die Ausgabe von Fleisch auf Grund der bereits in Händen der Verbraucher befindlichen Lebensmittelkarte erfolgen. Diejenigen Abschnitte der Lebensmittelkarte, auf welche Fleisch verabfolgt werden darf, werden rechtzeitig vorher vom Magistrat aufgerufen werden.

*

Die Arbeiter-Ernährungskommission bei den Gemeinden Groß-Berlins hat sich gestern im Berliner Rathaus mit der Frage beschäftigt, welche Folgen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches für die Bevölkerung der Großstädte haben würde. Die ungünstigen Erfahrungen, die bisher mit den freien Schweinemarktverträgen gemacht wurden, und die Tatsache, daß bei neuen Angeboten eine enorme Heraufsetzung des jetzt schon 720 M. pro Zentner Lebendgewicht betragenden Preises gefordert wird, zeigen deutlich, wohin wir kommen, wenn die Zwangsbewirtschaftung übereilt aufhört. Eine Steigerung des Verbraucherpreises von 6 bis 3 Mark pro Pfund würde sicher eintreten. Der Ernährungsausschuß ist deshalb nur dann für Abschluß von neuen Verträgen, wenn die Reichsregierung dafür eintritt, daß die Erfüllung der Verträge durch Vertragsstrafen sichergestellt wird, und wenn der jetzige für die ärmere Bevölkerung schon außerordentlich hohe Preis nicht überschritten wird. Neue Verträge unter anderen Voraussetzungen abzuschließen muß die Stadtverwaltung ablehnen, weil sie die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung für höhere Preise nicht übernehmen kann und will. Es soll noch einmal versucht werden, mit dem Reichsernährungsministerium zu verhandeln.

Verhandlungen mit den Erwerbslosen

Im Reichsarbeitsministerium trat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Siefart, eine Konferenz zusammen, an der Vertreter der zuständigen Reichsbehörden, der Groß-Berliner Gemeinden und der Arbeitslosenräte teilnahmen. Nach Kenntnisnahme der Forderungen der Erwerbslosen berichtete Regierungsrat Albrecht vom Reichsarbeitsministerium über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Er wies darauf hin, daß beispielsweise in der Nähe von Bremen jetzt bei Arbeiten an den dortigen Moorkulturen etwa 5000 Arbeitslose Beschäftigung finden sollen. Weitere 2700 Erwerbslose sollen in Berlin mit Wohnungsreparaturen beschäftigt werden. Hierfür stehe ein Fonds von 9½ Millionen bereitgestellt worden.

Auf eine Anfrage, was die Regierung gegen die „Sabotage der Unternehmer" zu tun gedenke, erklärte der Referent, daß hierfür das Reichsarbeitsministerium nicht zuständig sei. Die Behandlung dieser Angelegenheit sei Sache des Reichswirtschaftsrates, der bei dieser Konferenz allerdings nicht vertreten sei. Von Seite der Arbeitslosen wurde dann an Hand zahlreicher Beispiele auf die ständig zunehmende Schließung von Betrieben und Einschränkung der Arbeitszeit hingewiesen. So habe z. B. die Firma Borsig in Tegel genügend staatliche Aufträge zur Lieferung von Lokomotiven, deren Fertigstellung einer großen Anzahl von Arbeitslosen zu Verdienst verhelfen könne. Trotzdem würden diese Aufträge nicht ausgeführt, weil sie den Arbeitgebern einen nicht genügenden Gewinn brächten. Auch auf die Vorkommnisse bei der Daimler Motoren A.-G., die sich jetzt ebenfalls zu einer Betriebseinschränkung gezwungen sehe, wurde von den Rednern der Erwerbslosen hingewiesen.

Zur Beschaffung von Arbeit für die Groß-Berliner Erwerbslosen wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen. Der Kommission sollen Vertreter der Gemeindeverwaltungen und der Erwerbslosen angehören. An den Verhandlungen sollen Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung, sowie der preußischen Ministerien für Handel und Gewerbe und für Volkswohlfahrt teilnehmen. Die Kommission wird am Montag, den 23. d. M. im Reichsarbeitsministerium zusammentreten.

Die Berliner Dom-Gemeinde

Von einem Parteigenossen wird uns geschrieben:

„In der Nummer der „Freiheit", vom 19. August d. J. (Morgenausgabe), ist in einem Artikel, überschrieben „Gottesdienst und Menschendienst" auf die Art hingewiesen, wie die wenigen Besucher des Doms die Polizeibehörden in Bewegung setzten, weil sie sich durch die Demonstration im Lustgarten beschwert fühlten. Wir möchten nun einmal der Frage der Existenzberechtigung dieser Dom-Gemeinde, die ganz aus Staatsmitteln erhalten wird, überhaupt nähertreten. Die Zahl der Mitglieder der Dom-Gemeinde, die in der Nähe des Doms wohnen, ist fast auf Null gesunken, seitdem der Hof mit seinem ganzen Lakaientroß durch die Revolution aus dem Schlosse gefegt ist. Die übrigen Mitglieder der Dom-Gemeinde wohnen in ganz Berlin und Umgegend zerstreut und hätten die Pflicht, sich den Kirchen ihres Wohnbezirkes anzuschließen, wenn sie ihr kirchliches Bedürfnis decken wollen. Im Dom lassen sie sich, seitdem dort kein Hoftheater — denn anders kann man das fromme Schaugepränge, das dort einst kinoartig aufgeführt wurde, nicht nennen — mehr stattfindet, nicht mehr sehen. Die wenigen in der Umgegend des Doms noch wohnenden Mitglieder der Gemeinde könnten ohne jede Schwierigkeit sich den Petri-, Marien-, Nicolai-, Sophien-, Dreifaltigkeits-, Dorotheen-städtischen, Friedrich-Werderschen-, Evangelischen Friedrichstadt- (deutscher Dom) Kirche usw. anschließen, die alle in nächster Nachbarschaft liegen.

Riesensummen, die heute der Dom mit seinen vielen Domherren-Pastoren und Beamtenstab jährlich verschlingen, könnten gespart

Rücksichtslose Preisherabsetzung farbiger und brauner Schuhwaren

Trotz aller Anzeichen, daß Schuhe in Kürze wieder teurer werden, haben wir uns entschlossen, unserer werten Kundschaft vor Saisonschluß Gelegenheit zu einem besonders vorteilhaften Einkauf zu geben

Elegante Damenschuhe zum Schnüren und mit Spange, braun, grau, beige, mahagoni, reseda, in Größen, soweit vorrätig **129.–**

Elegante Herrenstiefel braun, mit moderner Ausgelappe und eleganten Stoffeinsätzen, in Größen, soweit vorrätig **249.–**

Segeltuch-Spangenschuhe erstklassige Ausführung wie Lederschuhe, mit Ledersohle, modernem, hohem Absatz, beige, grau und braun, in Größen, soweit vorrätig **36.50**

Preiswerte, haltbare Segeltuch-Turnschuhe mit Leder- und Chromsohle, in allen Größen

Stiller

Billige Kinder- und Mädchen-Schnürstiefel in erstklassiger Ausführung